

Jüdecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Jüdecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgesetzte Petizelle oder deren Baum 20 Pf., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pf., auswärtige Anzeigen 50 Pf. — Insätze für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, bei der Expedition abgegeben werden.

Nr. 14.

Dienstag, den 17. Januar 1911.

18. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Die Verbündeten des Fortschritts.

Die neue Fortschrittliche Volkspartei ist überall am Werke, den nationalliberalen Bündnisse anzutragen, die von diesen gar nicht gewünscht werden. In den verschiedensten Gegenden lassen sich die Freisinnigen bis jetzt auch durch moralische Ohrfeigen nicht abhalten, dem nationalliberalen Bruder nachzulaufen, im Interesse des „Gesamtliberalismus“. Da lohnt es sich, die Tätigkeit dieses „Gesamtliberalismus“ ein klein wenig zu beobachten.

Das offizielle Organ der nationalliberalen Partei, die „Nationalliberale Korrespondenz“, ist seit geraumer Zeit völlig unter Scharfmacherei in einem Einfluss geraten. Vom Gelbe der Schwerindustrie bezahlt und von einem antisemitischen Reichsverband geleitet, widmet sie sich mit Eifer der edlen Aufgabe, den Anschluß der nationalliberalen Partei an den schwarzblauen Block vorzubereiten und einer neuen Auseinandersetzung gegen die Sozialdemokratie die Wege zu ebnen. Selbst der Moabiter Prozeß, dessen Ausgang den größten Teil der liberalen Presse zu ganz andern Schlussfolgerungen hinführte, muß nun diesem Organ des Scharfmachertums zu seinen Zwecken herhalten. Statt eine Reform des Polizeiwesens und die Bestrafung der von der Lieber-Kammer moralisch verurteilten Beamten zu verlangen, kommt es zu dem Schluß, daß „die den Moabitern Erzeugen zugrunde liegenden sozialen Verleumdungserscheinungen eine kraftvolle Tat gesetzesmäßiger Abwehr erfordern“.

Der einzige Angeklagte des Moabiter Prozesses, der sich mit dem Messer in der Hand gegen die bewaffneten Polizisten zu verteidigen suchte, ist zu drei Jahren halb Jahren Gefängnis verurteilt worden. Aber selbst im Falle Bock hat das Gericht die vom Gesetz gebotene Möglichkeit der Strafhöhe nicht völlig ausgeschöpft. Auch bei den andern Angeklagten, deren Strafen viel schwerer sind, als sie sonst in ähnlichen Fällen verhängt werden, ist das Gericht noch immer nicht an die gesetzliche Höchstgrenze des Strafmaßes hinaufgegangen. Die Lieber-Kammer ist also offenbar nicht der Meinung gewesen, daß die bestehenden Gesetze zur angemessenen Bestrafung der unter Anklage gestellten Straftaten nicht ausreichten. Auch die Anträge der Staatsanwaltschaft hatten sich zu meist, so ungemein hart sie auch waren, an die Höchstgrenze des Strafmaßes nicht herangewagt. Das Gesetz an sich ermöglicht wahre Bluturteile, wie sie weder der Staatsanwalt verlangt noch das Gericht gefällt hat.

Wie unter solchen Umständen ein vernünftiger Mensch behaupten kann, die bestehenden Gesetze reichen nicht aus und es seien „kraftvolle Taten“ gesetzgeberischer Abwehr notwendig, ist unverständlich. Solche Schlussfolgerungen entspringen ja auch nicht dem Konservatismus, sondern vielmehr dem Gefühl der sinnlosen Wut einer politisch begrenzten Unternehmerschaft gegen den Fortschritt und die Erfolge der Arbeiterorganisationen. Während erst am letzten Donnerstag auf dem Berliner Heimarbeiterkongress ein preußischer Minister a. D., Herr v. Bertepich, den Gewerkschaften einen tönen des Loblied sang, möchte jenes politisch beschränkte, bloß auf das nächstliegende Geldlackinteresse bedachte Unternehmen das Gewerkschaftswesen am liebsten mit Stumpf und Stiel ausrotten, und in seiner brutalen Naivität meint es, daß sich die Gesetzgebung, die Justiz und die Verwaltung unbedingt zu seinen Zwecken zur Verfügung stellen müßten.

In der „Nationalliberalen Korrespondenz“ hat diese gesellschaftliche Eltique, die einst den Grafen Posadowsky stürzte, weil er ihr sozialpolitisch zu weit links zu stehen schien, ein fügsames und brauchbares Organ gefunden. Und so ergibt sich das wunderbare Wechselspiel, daß während unverbesserliche Phantasten von einem Block von Bassermann bis Bebel schwärmen, im Hause des Herrn Bassermann die Stricke gedreht werden, mit denen man die moderne Arbeiterbewegung zu erdrücken gedenkt. Und während man ferner im Namen des „Gesamtliberalismus“ die Reichstagswahlkreise unter sich verteilt, wobei man für Stichwahlen sinnest auf die Hilfe der Sozialdemokratie rechnet, werden zwischen Linksfreisinnigen und reaktionärliberalen Organen die heftigsten Feuerkriege ausgefochten, die in einem liebgewohnten Gegenfuß der politischen Grundschauungen ihre Ursache haben.

So heilig nun auch ein Teil der Freisinnigen Presse jetzt gegen die scharfmachenden Untrübe im nationalliberalen Lager polemisiert, so kann es doch schließlich für einen Freisinnigen, der sich mit den reaktionären Nationalliberalen zum „Gesamtliberalismus“ verbündet, nur

heissen: „Mitgefangen, mitgehängt!“ Nicht bloß die Arbeiter im engeren Sinne des Wortes, auch die breiten Schichten der Staats- und Privatbeamten, die Kaufmännischen Angestellten usw., Schichten, die gerade jetzt zum Verständnis des Gewerkschaftsgedankens zu erwachen beginnen, können unmöglich zu einem „Gesamtliberalismus“ Vertrauen haben, dessen rechter Flügel den Standpunkt des „Herrn im Hause“ in fanatischer Weise veracht.

Sollte auch die Notwendigkeit, im Interesse des Wahlrechtskampfes die Linken aus dem Reichstag hinaus zuwerfen, und der lebhafte Wunsch, das Zentrum für sein verräterisches Treiben zu züchtigen, da und dort einem Vertreter des „Gesamtliberalismus“ zu sozialdemokratischer Stichwahlunterstützung verhelfen, so wird doch nirgends der Irrtum auftreten dürfen, eine solche Haltung der Sozialdemokratie entspringe einem gewissen Gefühl der Gesinnungsverwandtschaft mit dem Liberalismus oder einem gänzlich unbegründeten Vertrauen zu ihm. Wie sich Feuer und Wasser scheiden, so scheiden sich Arbeiterbewegung und Scharfmachertum voneinander; einem „Gesamtliberalismus“, der sich auf Organe vom Schlag der „Nationalliberalen Korrespondenz“ stützt, wird kein Arbeiter, keiner, der es ehrlich mit den werktätigen Massen des Volkes meint, jemals über den Weg trauen!

Politische Rundschau.

Deutschland.

Aus dem Reichstag.

Der Reichstag begann am Montag die zweite Lesung des sogenannten Reichswertzuwachssteuergesetzes resp. des elenden Pfuschwerks, das die bürgerliche Mehrheit der Kommission fabriziert hat. Die tatsächliche Generaldebatte, die sich bei den ersten Paragraphen entspann, wurde noch nicht zu Ende geführt. Fest steht aber schon heute, daß noch niemand weiß, wie der Haie läuft. Das Schicksal der Reichswertzuwachssteuer ist ebenso ungewiß wie das der übrigen gesetzgeberischen Geisteskindes des langen Bethmann. Die Regierungsvorlage war ganz sicherlich, wie sich das von selbst versteht, kein sehr kräftiges Gebräu, die Kommission hat für starke Verdünnung gesorgt und nun mehr wetteifern bei der Plenarberatung die verschiedenen bürgerlichen Parteien, noch ganze Tonnen voll Wasser in diesen Steuerbottich zu schütten. Der Reichsschätzekreis steht dabei und ringt die Hände, denn er sieht die Erträgnisse, die die Steuer bringen sollte, unter seinen Händen zerfließen und die Hoffnungen, die man an die Heranziehung des Wertzuwachses geknüpft, sich in blauen Dunst versprühen. Ein energisches Halt! den Verwässern und Vergleicher entgegenzutun, traut sich natürlich die Regierung Bethmann nicht; man hat den Eindruck, daß sie schließlich alles schlucken wird, vorausgesetzt, daß überhaupt was zu schlucken übrig bleibt und die vielen Ausnahmen von der Steuer noch etwas übrig lassen. Die Zentrumsleute als angebliche Mittelpunktfreunde, die Nationalliberalen in ihrer zarten Sorge um den Geldsack, der Freisinnige Cuno aus immer achtungswerten kommunalpolitischen Bedenken: alle kamen mit Abänderungs-, Abschwächungs- und sonstigen Anträgen herbei. Es ergab sich, daß die einzige Partei, die wirklich und entschieden auf dem Boden einer wirklichen Besteuerung des Wertzuwachses steht, die Sozialdemokratie ist, deren Standpunkt Gen. Göhring in einer vortrefflichen Jungfernrede vertrat. Die Richtigkeit der Ausführungen unseres Fraktionsredners über die jungerlichen Steuerhinterziehungen wurde von der Rechten durch Tieflaute bestreitet.

Am Dienstag geht die Beratung weiter. Noch einmal der Termin der Reichstagswahlen.

Bekanntlich demonstriert die Regierung jede Meldung, die ein Statistik der nächsten Reichstagswahlen vor dem Herbst d. J. ankündigt. Wir haben mehrfach betont, daß auf diese Dementis nicht viel zu geben ist, daß es vielmehr nicht ausgeschlossen ist, daß die Reichstagswahlen bereits in diesem Frühjahr stattfinden. In dieser Auffassung werden wir jetzt bestätigt durch die lehre Nummer der vom Hauptverein der Deutsch-Konservativen zu Berlin herausgegebenen „Mitteilungen aus der konserватiven Partei“, in der die konservativen Vereine zu schnellstem Rüsten für die nächsten Reichstagswahlen aufgerufen werden — und zwar mit der Begründung:

„Der Termin dieser Wahlen steht noch nicht fest. Sollte aber die Erledigung der vorliegenden gelegenerischen Arbeiten große Schwierigkeiten ergeben und sie zeigen, daß im alten Reichstag doch nichts mehr zu stande kommt, so ist vielleicht zu erwarten,

dass die Wahlen schon Mitte Mai, also in vier Monaten, stattfinden.“

Unsere Genossen müssen also auf dem Posten sein!

Enttäuschte Reaktionäre.

Die Früchte des Moabiter Prozesses schmecken den Reaktionären bitter. Nach ihrem brülligen Schrei nach Ausnahmegesetzen verfolgen sie jetzt die Taktik der Rechtfertigungen, der Verdächtigungen, der Entschuldigungen und verlogenen Ausreden. So sprechen die „Berliner Politischen Nachrichten“ — jedenfalls auf besonderen Wunsch des Reichskanzleramtes — von einer „plärrigen Stimmungsmacherei“ gegen die Organe der Staatsgewalt, als einer der bemerkenswertesten Begleiterscheinungen des Moabiter Prozesses:

Die sozialdemokratische und bürgerlich-demokratische Presse der Hauptstadt haben planmäßig von Anfang an darauf hingewiesen, in der beteiligten Bevölkerung die Auffassung zu verbreiten, daß die Polizei in der Schuldi ge Teil sei. Bei der von langer Hand seitens der Sozialdemokratie durchgeföhrten Verhetzung dieser Bevölkerung gegen alle Staatsautorität und deren Organe war es eine nur zu leichte Aufgabe, den beteiligten Kreisen der Bevölkerung diese Auffassung beizubringen. Noch auf ein weiteres Moment solcher wohlberechneten Stimmungsmacherei weist das Gericht hin, indem es hervorhebt, wie die Verteidiger mit allen Künsten forensischer Geschicklichkeit die klaren Aussagen einer Reihe einwandsfreier Zeugen schließlich doch zu verwirren und unklar zu machen gemüht haben. Wenn es beachtigt gewesen sein sollte, mit Machenschaften dieser Art auf die Richter einzumachen, so ist dieser Versuch naturgemäß gänzlich mißlungen. Aber auf die Beurteilung der Moabiter Vorgänge in manchen Kreisen der Bevölkerung ist jene Stimmungsmacherei zweifellos nicht ohne Einfluß geblieben.“

Die „Post“ versucht es mit einer Mohrenwäsche an der Polizei:

„Die Moabiter Skandal und Prozeß geben zweifellos eine Reihe für die Zukunft wertvoller Lehren. Hier mag zunächst nur darauf hingewiesen werden, daß die Erfahrungen aus diesem Anlaß mit unbedingter Deutlichkeit darauf hinweisen, bei etwaigen künftigen ähnlichen Anlässen von vornherein so häufig wie möglich an möglich anzufassen. . . . Es würde dann auch ganz bestimmt von solchen Verfehlungen einzelner Polizeiorgane nicht die Rede gewesen sein, wie sie jetzt in der sozialdemokratischen und bürgerlich-demokratischen Presse in so tendenziöser Weise gegen die Polizei und die Staatsgewalt verbreitet werden. Die Strafkammer hat festgestellt, daß es sich dabei nicht um vereinzelte Vorgänge, sondern um solche in großer Zahl, aber immer nur um Verfehlungen einzelner Personen handelt, an denen sowohl die obere Leitung wie die lokale Leitung der Polizei völlig unbeteiligt war. . . . Wenn die unteren Organe der Polizei tagelang in der denktar angestrebtesten Weise und in steter Lebensgefahr ihren Dienst ausüben müssen, so ist eine gewisse Überreizung der Nerven unabdinglich.“

Gesetz ein Geschäft!

Die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft kommt in ihren „Mitteilungen“ auf die Erthüllungen des Professors Soxhle zu sprechen und bemerkt dazu:

„In den Jahren 1890 bis 1909 hat die D.L.G. für diese Düngungsversuche und die damit in Zusammenhang stehenden wissenschaftlichen Arbeiten insgesamt 1.861.571 Mark ausgegeben. Die Einsparungen, die das Kalisynthetik als Rabatte bezahlte, betrugen in derselben Zeit 7.255.445,40 Mk. Hiervon wurden an die Bezieher 5.160.231,08 Mk. zurückvergütet, sodaß der D.L.G. aus diesem Geschäft ein Restbetrag von 2.095.214,32 Mk. geblieben ist.“

Die 2.095.214,32 Mk. wußten von den Beziehern der Kalisalze aufgebracht werden. Wie hoch der Gewinn ist, der dem Kalisynthetik durch das Wirken der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft als Commiss-vogayeur zugeschanzt worden ist, kann natürlich auch nicht einmal schätzungsweise angegeben werden.

Reichsverbands-Patriotismus.

Der Reichsverband überschwemmt seine Kunden mit einem Flugblatt „Vierzig Jahre Deutsches Reich“, das überströmende patriotische Begeisterung für das herrliche deutsch-preußische Vaterland entfesseln soll. Es will durch „Tatsachen“ den Nachweis erbringen, daß das Deutsche Reich der „Pflege der Wohlfahrt des Deutschen Volkes“ gedient habe. Als eine solche Tatfrage wird angeführt:

„Einerseits verdanken die arbeitenden Massen den Schatzdalen eine Steigerung der Löhne, die weit bedeutender ist als die Versteigerung der Lebensmittel; andererseits erhalten sie durch die Kranken-, Unfall- und Altersversicherung mehr zurück, als sie zahlen.“

Ob der Reichsverband im Ernst glaubt, er finde heute noch Dumme, die sich durch solchen grob plumpen Schwund auf den Leim locken lassen? Es klingt wie blutiger Hohn, daß die Sozialwirtschaft, ausgereiner die Sozialwirtschaftspolitik, als Hebel zur Hebung der allgemeinen

Lebenslage angepreisen wird; es ist blutiger Hahn, wenn die viergerührte deutsche Sozialpolitik von neuem als ganz besonderes Gnaden geschenk glorifiziert wird!

Dem Reichsverband lämmert es, daß seine Behauptungen ein mehr als starkes Stück sind. Es wird deshalb sentimental wie ein wohlsichtiger Pudel und beschwört die „deutschen Männer und Frauen“:

„Läßt Euch nicht irre machen von den Volksverführern, die an der Größe des Vaterlandes und an seinen Errungenschaften sich nicht erfreuen können, sondern ihrem Vaterlande nur durch gehässige, libertreibende Kritik glauben dienen zu müssen. Läßt Euch nicht die Freude nehmen an dem Heiligen und Schönsten, das wir besitzen, die Freude an Arbeit und Tätigkeit, die Freude an Familie und Heimat, an unserm lieben Vaterlande mit seinen schönen Wälbern und Hügeln, Bergen und Tälern, die Freude an Staat und Reich, an der deutschen Muttersprache, am Gesang und Lied! Läßt Euch nicht die Freude nehmen an den Großtaten unseres Volkes, an den ruhmvollen Kriegen und Siegen, an Heer und Flotte! Läßt Euch nicht die Freude nehmen an den zahlreichen berühmten Männern, die unser Volk hervorgebracht hat, an dem Großen Kurfürsten, an dem großen König Friedrich II. und an dem großen Kaiser Wilhelm I., die Freude an den bedeutenden Staatsmännern, kriegerischen Helden, religiösen Charakteren, künstlerischen Genies, wissenschaftlichen Talenten, tüchtigen Unternehmern! Läßt Euch nicht die Freude nehmen, auch wenn einmal nicht alles nach Euren Wünschen geht!“

Aus dem preußischen Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus nahm am Montag zunächst die Wahl seines Präsidiums vor, die am Sonnabend wegen der Beschränktheit des Hauses nicht erfolgen konnte. Das Resultat war die Wiederwahl der Herren v. Kröcher, Dr. Pörsch und Dr. Krause. Kröcher mußte die Wahl durch Stimmenzettel über sich ergehen lassen, während die Wahl der beiden anderen durch Zurufe erfolgte.

Bei der Fortsetzung der Stattheratung erklärte der Finanzminister Dr. Lenz in Erwiderung auf eine Anfrage des national liberalen Redners, daß die Steuerabgabes reformiert seien. — Der Pole Dr. v. Jadowski brachte eine große Reihe von Beschwerden auf dem Gebiete des Schulwesens und des Vereins- und Versammlungsrechts vor. Auch Dr. Wiemer (Fortschr. Volkspartei) forderte vor allem die Erfüllung des Versprechens der Thronrede auf Reform des Wahlrechts. Der Kultusminister stellte seine Ausführungen vom Sonnabend über den Modernismus richtig, der Minister des Innern machte einige Mitteilungen über die geplante Verwaltungsreform.

Am Schluß der Sitzung kam endlich Genosse Ströbel zu Worte, dessen zweistündige Rede eine wichtige Anklage gegen die Regierung und die herrschenden Parteien bedeutete. Er begann mit einer scharfen Kritik des Verhaltens der Regierung und der Parteien in der Wahlrechtsfrage, geißelte die Zustände auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens und schloß mit einer längeren Betrachtung der Ergebnisse des Maßnahmen Prozesses. An der Hand des Urteils wies er der Lieberkammer nach, daß sich alles, was von den Schriftmachern über die Sozialdemokratie verbreitet ist, als Schwindel erwiesen hätte.

Am Dienstag wird die Beratung fortgesetzt.

„Der Postkasten und die Enttäuschungen“.

Am Sonntag fand in Berlin eine von etwa 5000 unteren Post- und Telegraphenbeamten veranstaltete Versammlung statt, in der der Referent Remmers über den „Postkasten und die Enttäuschungen“ sprach. Er führte lebhafte Klage über die rückständigen Gehaltsverhältnisse der Unterbeamten. Regierung und Reichstag möchten sich mit den Beamten-Organisationen in Verbindung setzen, um sich zu überzeugen, daß die Beamten keineswegs „unterhättlich“ seien. Aber:

„Die Postbeamten hielten, ob man ihre Wünsche erfülle oder nicht, treu zu Kaiser und Reich, trotz aller Versuchungen, die an sie herantraten.“

In einer Resolution wurden Regierung, Vermaltung und Reichstag gebeten, „noch durch den zur Beratung stehenden Postkasten 1911 geeignete Maßnahmen zu treffen, um der immer weiter um sich greifenden Mißstimmung und Unzufriedenheit der unteren Post- und Telegraphenbeamten durch Erfüllung ihrer dringendsten Wünsche zu steuern.“

Die Versammlung der „Misgestimmten und Unzufriedenen“ wurde mit einem stürmischen Kaiserhoch eröffnet.

Der Landrat auf Urlaub.

Dr. Landrat Schröder in Wittgenstein hat einen Erholungsausbau angekündigt, von dem er vermutlich und hoffentlich nicht wieder in sein Amt zurückkehren wird. Diesem Landrat ist vor Gericht nachgewiesen worden, daß er den unanständigen Terrorismus geübt hat. So hat er seinem Milchlieferanten, der ihn nicht außer der Reihe bedienen wollte, sofort die Lieferung für das Kreiskrankenhaus entzogen. Das Gericht hat auch für erwiesen erachtet, daß der Landrat, um bei einer öffentlichen Versteigerung ein höheres Gebot zu erzielen, einem Bieter „der Wahrheit zuwider“ sagen ließ, es sei inzwischen ein besseres Nachgebot eingegangen. In anderen Punkten sprach sich das Gericht dahin aus, daß der Landrat „nicht einwander“ gehandelt habe.

Protest der Fleischwucherer.

Am Sonnabend lagte in Frankfurt a. M. eine Plenarsitzung des Bundes der Landwirte „gegen die Fleischwucherer“. Etwa 1000 Rottledende protestierten gegen die Faschade, daß die Händler an der Fleischverarbeitung knapp trügen; außerdem erklärte man sich über den Kampf der Großstadtpresse gegen die Fleischnot.

Konservative sozialdemokratisches Stichwahl-

abkommen.

Die liberale Presse stellt momentan ein großes Geheimnis über ein Einigungskommen zwischen Sozialdemokraten und Konservativen für den Wahlkreis Saarbrücken. Die ganze Erzählung beruht auf dreierlei Erfindung. In diesem Wahlkreis kam es 1907 zu einer Einigung zwischen Sozialdemokraten und Konservativen, in der dieser Gruppe ein Abstimmungsschein. Das jüngste

konservative Wahlkomitee legte den beiden Stichwahlkandidaten die bekannten Mindestforderungen vor. Sie lauteten: 1. Gegen jede Verschlechterung des Reichstagswahlrechts; 2. gegen jede Beschränkung des Koalitionsrechts; 3. gegen jedes, wie auch immer geartete Ausnahmegesetz. Beide Kandidaten sandten die schriftliche Erklärung ein, daß sie im Falle ihrer Wahl für diese Forderungen eintreten würden. Das sozialdemokratische Wahlkomitee erließ dann einen Aufruf, in dem Stimmenthaltung ausdrücklich proklamiert wurde. In diesem Aufruf hieß es ausdrücklich:

„Zu diesem Besluß ist das Wahlkomitee gekommen, weil das Verhalten und das Programm der beiden in Frage stehenden Kandidaten eine Unterstützung unsererseits einschließlich nicht zuläßt.“

Der konservative Kandidat v. Bolko ist schließlich gewählt worden, er kann aber höchstens 450 sozialdemokratische Stimmen bekommen haben, während dem Freisinnigen mindestens 2000 zugestanden sind; der Rest der sozialdemokratischen Wähler hat Stimmenthaltung geübt. Nun wird weiter behauptet, daß ein Führer der Sozialdemokratie, ein gewisser Häckel, mit dem konservativen v. Bolko verhandelt und ihm Wahlunterstützung versprochen habe. Daß Häckel das gemacht hat, ist möglich, er war aber kein „Führer“, ja nicht einmal Mitglied des sozialdemokratischen Wahlvereins, kann also nur auf eigene Faust gehandelt haben. Bedenkt, daß ein Mitglied der Partei mit den konservativen irgendwelches Abkommen getroffen. Die liberale Erzählung von dem sozialdemokratisch-konservativen Wahlbündnis entpuppt sich also als ein echt liberaler Schwund.

Fortschrittliche Schwadronen.

In Münnich hat der fortschrittliche Landtagsabgeordnete Dr. Günther erklärt, bei den kommenden Reichstagswahlen müsse die Parole lauten: „Nieder mit dem Block der Konservativen und Ultramontanen“. Der Redner führte dazu aus, daß sich die Fortschrittler vor keinem Gewaltmittel fürchten, das sie zum Siege führen kann. Wer aus bloßer Furcht vor der Sozialdemokratie dazu verhelfe, den schwärzblauen Block zu stützen, der handle wie ein Soldat, der aus Angst vor dem Feinde sich selber umbringt.

Man wird natürlich gut tun, auf diese Redensarten nicht viel zu geben. Der pflichtaufweiche Abgeordnete Bachmann wird sicher in Ohnmacht fallen, als er diese Rede seines Münchener Parteifreundes zu Gesicht bekommt.

Ein Gesetzentwurf über Unfallfürsorge.

Bei Arbeiten, die freiwillig zur Rettung von Personen und zur Bergung von Gegenständen vorgenommen werden, ist bei der zuständigen Reichsbehörde in seinen Grundzügen fertiggestellt worden. Wahrscheinlich wird der Entwurf aber erst in der nächsten Session eingebracht werden.

Frankreich.

Saures über die Elsaß-Lothringische Frage und den Frieden. In der Sitzung der französischen Kammer vom Freitag bekämpfte Genosse Sauret gelegentlich seiner Rede zum Budget die Politik des bewaffneten Friedens. Das Ideal des Weltfriedens werde zwar heute noch von vielen als eine Utopie angesehen. Aber schon Kant habe ihn angestrebt, und die Sozialisten erblicken in ihm eine erreichbare Wirklichkeit. Der Krieg verliere immer mehr seine Existenzberechtigung und seine Entschuldigung. Der Redner weist darauf hin, wie unter den unterworfenen Völkerstaaten der nationale Geist von Minderheiten fortlebe und wie infolgedessen die allgemeine Politik der herrschenden Länder verpflichtet sei, auf diesen nationalen Geist von Minoritäten Rücksicht zu nehmen. Weder in Irland, noch in Polen, noch in Elsaß-Lothringen sei es dem Erbauer gelungen, die Erinnerung an den nationalen Ursprung auszutilgen. Die polnischen Unabhängigkeitsbefreiungen lagen heute noch schwer auf der europäischen Politik. Preußen habe versucht, den polnischen Nationalgeist durch die Enteignung der Grundbesitzer zu töten, aber dies sei ihm nicht gelungen. Was Elsaß-Lothringen anlange, so möchte er kein Wort aussprechen, das jenseits der Grenze schaden könnte. Aber er dürfe wohl sagen, daß die französische Kultur und die demokratischen Ideen im Elsaß fortbestehen. Elsaß und Lothringen seien wie zwei Bäume, die Wurzeln im Boden eines Waldes gejagt haben und nun durch eine Mauer von dem übrigen Walde getrennt werden. Aber diese Mauer könne nicht verhindern, daß die Wurzeln unter ihr durchbrechen und mit dem Wurzelwerk des Waldes immer wieder zusammenwachsen. (Stürmischer Beifall im ganzen Hause.) Die Elsaß-Lothringen wollten mit ihren Kundgebungen gewiß nicht zu einem Kriege zwischen Frankreich und Deutschland reizeln. Sie wollten nur bekunden, daß sie nach einem Maß von Freiheit und Unabhängigkeit streben, das ihnen erlaubt, ihre Wünsche selbst zum Ausdruck zu bringen. So beweise das Beispiel Polens und Elsaß-Lothringens, wie sich diese kleinen und unterdrückten Nationen an ihrer nationalen Erinnerung in die Höhe ringen, wie sie selbst zu Vermittlern zwischen den Nationen werden. Saures beprach dann das Verhältnis Frankreichs zu Marokko und Spanien und betonte, Frankreich müsse sich vor allem hüten, daß es jemals seine Macht gegenüber Schwächeren missbrauche. Der Redner wies zum Schluß auf das Beispiel hin, das Nordamerika durch seinen Antrag an England gegeben habe, einen allgemeinen Schiedsvertrag selbst für Fragen abzuzeichnen, durch die die Ehre der betreffenden Nation in Frage gestellt sei. Frankreich würde es zur Ehre gereichen, dieses Beispiel nachzunehmen. Es müsse für alle Zeiten auf jede Idee eines Angriffskrieges verzichten und müsse aus der zweifelhaften Lage herauskommen, in der es sich jetzt befindet, nämlich, daß es selbst infolge seiner Allianzverträge in einen Krieg zwischen England und Deutschland hineingezogen werden könnte. Gegen diese Möglichkeit gebe es nur eine Politik, die Politik des Wehrlebens.

Rußland.

Die Gefängnisstrafe in Wologda. Allmählich beginnt sich das Dunkel zu lichten, das über den Ereignissen der Katorgsgefängnissen zu Wologda und Serowitj

liegt. Die Petersburger Zeitung „Retsch“ veröffentlicht folgende Einzelheiten der Exekutionen in Wologda. Den Anlaß zu der Massendurchpeilung der politischen Gefangenen bot die Unzufriedenheit der lezteren mit der Fasttagsspeise (die die Gefangenen 250 Tage im Jahre zum Hungern verurteilte) und die hierauf erfolgte Weigerung, in den Werkstätten zu arbeiten. Zur Prügelstrafe wurden verurteilt nach einer Nachtzeit 161, nach der anderen 179 Gefangene, darunter auch der 15jährige Gefangene Ultuschaitis, der schon während der ärztlichen Untersuchung 132 Pulsschläge hatte. Ungeachtet dessen wurde er zu 10 Hieben verurteilt, da er aber Widerstand leistete, erhielt er vom Aufseher Seremejew 60 Hiebe. Der Anlaß zu der Massenezekution war so geringfügig, daß die Administration selbst die Exekution einstellt, nachdem 59 Gefangene durchgepeilt worden waren. Die übrigen befinden sich noch heute in Karzerhaft.

Aus einem anderen Briefe, der uns zugegangen ist, entnehmen wir folgende Einzelheiten der furchterlichen Exekution: „Nachdem alle Vorbereitungen getroffen waren, wurden je 4 bis 5 Gefangene in die Badestube geführt, wo sie vom Arzt untersucht und dann dem Oberaufseher Gluschkowski übergeben wurden, der sie in das für die Exekution bestimmte Zimmer führte. Nachdem den Gefangenen ein Sack über den Kopf gezogen wurde, traten aus dem benachbarten Raum zwölf Henker, die den Verurteilten unbarmherzig prügeln. Gluschkowski zählte 30 Hiebe und wählte sich dann das nächste Opfer. Der Direktorschef Merkurjew war der Haupitleiter der Exekution. Er führte das Register der Geprügelten, verhöhnte sie und befahl, diesem oder jenem noch 5 Hiebe hinzuzufügen. Die Gefangenen in der Zelle Nr. 20, die im unteren Stockwerk liegt, verlangten, als sie von der Exekution Kenntnis erhielten, daß der Gouverneur herbeigeholt würde. Es erschien der Gefängnisinspektor (derselbe, der die Exekution angeordnet hatte) der vor allem befahl, daß die Gefangenen nicht von ihren Rechten sprechen sollten. Ein sehr nervöser Genosse bemerkte darauf: „Wenn Sie uns vernichten wollen, so erschießen Sie uns, quälen Sie uns aber nicht!“ Der Inspektor versprach darauf noch 100 Hiebe und entfernte sich. Die Zelle Nr. 20 hatte an der „Revolte“ nicht den geringsten Anteil genommen; während des Gespräches mit dem Inspektor wurde dem letzteren kein beleidigendes Wort gesagt — und dennoch wurden sämtliche Insassen der Zelle, mit Ausnahme der vom Arzt für krank erklärt, nach einer Viertelstunde durchgeprügt. . . . Die Exekution dauerte den ganzen Tag . . .“ Eine charakteristische Einzelheit: Als die Gefangenen nach der Exekution um Verbandszeug und Baseline baten, um ihre Wunden zu verbinden, wurde ihnen dieses verwehrt! Als der Inspektor nach einigen Tagen die Geprügelten und in Karzerhaft Sitzenden besuchte, fragte er höhnisch: „Wie ist jetzt Ihre Stimmung?“ In diesen Einzelheiten spiegelt sich die abgrundtiefe Barbarei und sadistische Grausamkeit, mit der die Jarenbüttel die politischen Gefangenen behandeln.

Japan.

Der Justizmord an den japanischen Sozialisten. Herr Dr. Gustav Landauer, der in einer Reihe von Zeitungen zu einem öffentlichen Protest gegen das Vorgehen der japanischen Regierung aufgefordert hatte, schreibt: „Meinem Protest gegen den Geheimprozeß, den die japanische Regierung gegen 26 Sozialisten und Anarchisten führt, haben sich weit über 1000 Männer und Frauen aus allen Berufen in Deutschland und der Schweiz angelitten. Infolge eines Briefes, den ich daraufhin an den japanischen Botschafter gerichtet habe, hatte ich am Freitag, dem 13. Januar, eine längere Unterredung mit dem Botschaftsrat Dr. Hata. Aus diesem Gespräch, ebenso wie aus den Behauptungen der Botschaft in London, ergibt sich folgendes Bild, das die japanische Regierung für wahr gehalt haben will. Das Verfahren, gegen das wir protestieren, sei nur ein vorbereitendes gewesen, entsprechend der Voruntersuchung, die auch bei uns geheim geführt werde. Der Prozeß finde vor dem höchsten japanischen Gericht statt, habe am 15. Dezember begonnen, und das Gericht habe auf Grund gesetzlicher Bestimmungen die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Über die Vorgänge bei diesem Prozeß, ob er beendet sei, ob ein Urteil gepronken sei, behauptet der Botschaftsrat, keine Nachricht zu haben; obwohl er zugibt, daß auch nach japanischem Recht die Bekündigung und Begründung des Urteils in voller Öffentlichkeit stattfinden müsse. Dagegen behauptet er, die Angeklagten hätten bereits in der Voruntersuchung ihr Verbrechen gestanden, das in der Vorbereitung zur Anlegung von Minengängen nach dem kaiserlichen Palast, um ihn in die Luft zu sprengen, bestanden habe. Irgend etwas über den angeblichen Anteil der einzelnen 26 Personen an dem Plan war nicht zu erfahren. Das einzige Beweisstück, womit die Botschaft ihre Behauptung stützen will, ist ein Bericht der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung, dem man die offizielle Liebedienerei gegen die japanische Regierung auf hundert Schritte ansieht. Der Botschaftsrat hat schließlich, als ich ihn bedrängte, keinen Zweifel daran gelassen, daß er die Hinrichtung der 26 Angeklagten für selbstverständlich hält und hat den Gedanken an die Möglichkeit einer Begnadigung ausdrücklich und schroff zurückgewiesen. Ich gestehe, daß ich ihn mit dem Zweifel verließ, ob die 26 Angeklagten überhaupt noch leben! Wir stehen also vor einem hermetischen Geheimnis und kennen nichts, als die Behauptungen der japanischen Regierung. Das Gespräch auf der Botschaft aber begann der Herr Rat mit den Worten: Japan ist ein Rechtsstaat; die Verwaltung hat keinen Einfluß auf die Gerichte! — Ein netter Rechtsstaat!

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, den 17. Januar.

Die liberale Einigung, welche im vorigen Jahre in Lübeck mit Ach und Krach stand, scheint jetzt wieder in die Brüche zu gehen. Von Ansang an bestanden unter den zumindesten geistreichen Brüdern verschiedene Differenzen, doch sind diese in letzter Zeit namentlich aus Anlaß der Ge-

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 14.

Dienstag, den 17. Januar 1911.

18. Jahrg.

Ekt Zucker — aus Patriotismus!

Eine der widerstinklichsten, volksfeindlichsten Steuern ist die Verbrauchsabgabe auf Zucker. Dank der sogenannten Arbeit der Schnapsblockbrüder bei der Reichsfinanzreform beträgt die Steuer immer noch 7 Pf. pro Pfund Zucker. Früher war sie noch höher, sie betrug 10 Pf. Diese Steuer diente dazu, den Zuckerbaronen Exportprämien zu zahlen. Der inländische Konsument mußte dem ausländischen Verbraucher den deutschen Zucker billig machen. War doch infolge der hohen Inlandssteuer und der Exportprämie der deutsche Zucker in England bis zu 30 Pf. pro Kilogramm billiger als in Deutschland. Und diese Einrichtung hatte nur den Zweck, unseren Zuckersfabrikanten gute Gewinne zu garantieren. Die Pläne dieser deutschen Konsumenten zugunsten einer handvoll Dividendschlucker führte zu so unheilvollen Zuständen auf dem Weltmarkt, daß „zum Leidwesen unserer Zuckerpatrioten“, auf Drängen des Auslandes, die sogenannte Brüsseler Konvention die Ausfuhrprämienwirtschaft bestätigte. Nun hatten die deutschen Zuckerproduzenten nicht mehr das bisherige Interesse an den hohen Verbrauchsabgaben, denn nun blieben die Inlandsproduktion gesteigert werden, oder man war gezwungen, die Produktion einzuschränken. Eine Konsumentensteuer ließe sich sehr leicht durch eine beträchtliche Steuerherabsetzung erreichen. Der Reichstag hatte auch bereits die Ermäßigung bis auf 10 Mk. pro Zentner beschlossen. Doch war der Beschluss an die Voraussetzung der Erfüllung einer anderen Steuerquelle gebunden. Die Reichsfinanzreform zerstörte diese Voraussetzung, indem die Zuckerer sich weigerten, eine Erhöhung der Erbschaftssteuer zu akzeptieren. Deshalb bleibt es bei der Steuer von 7 Pf. pro Pfund Zucker. Damit die Besitzenden, die Reichstümer erben, von einer kleinen Abgabe verhindert bleiben, müssen die Konsumenten die ungeheurelle Steuer auf eines der allerwichtigsten Lebensmittel tragen. Nun meldet sich ein Anwaltsteller der Zuckerbarone im „Tag“ (30. Dezember) mit der Aufforderung an die Zuckerkonsumenten, sie sollten aus Patriotismus viel Zucker essen, nicht weil das gesund ist, sondern weil man damit Steuern zahlt. Der Verfasser, ein Fabrikdirektor Dr. R. Ulrich, Magdeburg, schreibt:

„Eine Steigerung des Zuckerverbrauchs ist aber schließlich auch mit Rücksicht auf unsere Reichsfinanzen recht wünschenswert. Unter unseren Verbrauchssteuern nimmt bekanntlich die recht bedeutende Zuckersteuer, welche zurzeit immer noch 14 Mk. pro Doppelzentner beträgt, neben der Branntweinsteuer den ersten Platz ein und führt dem Reich doch recht bedeutende Summen zu, wie folgende Zahlen beweisen:“

1901	106 186 200 Mk.	1906	138 404 300 Mk.
1902	98 166 200 "	1907	138 365 400 "
1903	101 905 100 "	1908	144 085 600 "
1904	128 211 200 "	1909	149 204 800 "
1905	112 908 000 "	1910	150 000 000 "

Es ist deshalb schließlich Sache eines jeden Patrioten, dem doch an einer guten Finanzlage des Reiches gelegen sein muß, zur weiteren Erhöhung des Zuckerverbrauchs beizutragen.“

Es ist doch ein starkes Säck, das unter der Last der Vermittlungsteuer kauende arme Volk aufzufordern, aus Patriotismus noch mehr Steuern aufzubringen, während die Liebesgabenschlucker, die aus der Bewohnerung des Volkes Millionen gewinne erraffen, damit drohen, daß alle Familienbande gelööst, die Vaterlandsliebe, das mon-

archische Gefühl bei den Reichen vernichtet werde, wenn die lachenden Erben nicht von einer höheren Erbschaftssteuer verschont blieben.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“
Berlin, den 16. Januar 1911.

108. Sitzung. Nachmittags 11 Uhr.

Im Bundesratssitz: Wertheim.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung eines

Wertzuwachssteuer-Gesches.

S 1 führt allgemein die Zuwachssteuer ein, will jedoch behaute Objekte von nicht über 20 000 Mk. unbebaute von nicht über 5000 Mk. von der Steuer freilassen, wenn der Veräußerer nicht über 2000 Mk. Einkommen hatte. S 1 a unterstellt auch Berechtigungen, mit Ausnahme unbeweglicher Bergwerksanteile dem Gesetz. S 1 b unterstellt auch den Übergang von Rechten an dem Vermögen einer G. m. b. H. wenn dieselbe sich mit der Verwertung von Grundstücken befähigt, oder wenn sie gegründet ist, um die Zuwachssteuer zu ersparen.

Graf Westarp (R.): Meine Freunde stimmen nicht nur dem Grundsatz des Entwurfs zu, sondern halten auch die Fassung der Kommission für zweckentsprechend. Wir halten die Zuwachssteuer für einen neuen und fruchtbaren Gedanken für unser Steuersteuersystem. Die direkten Steuern müssen den Einzelstaaten verbleiben, deshalb muß der Besitz für das Reich auf anderem Wege steuervorsichtig gemacht werden. (Zustimmung rechts.) Geroßen soll in erster Linie nicht der Veräußerer werden, der durch eigene Arbeit, kulturelle Tätigkeit und Sparsamkeit die Wertsteigerung geschaffen hat, und aus diesem Grunde hat die Kommission den Zulag gemacht, zu dem Worte „Wertzuwachs“: „der ohne Nutzen des Eigentümers entstanden ist.“ (Zustimmung rechts).

Es sind folgende Änderungen eingegangen:

Abg. Cuno (Bpt.) will im § 1 die Worte „der ohne Nutzen des Eigentümers entstanden ist“, streichen. — Abg. Endt (Rpt.) will im § 1 die bebauten Grundstücke bis zu 30 000, die unbebaute bis zu 3000 Mk. freilassen, wenn der Veräußerer ein Einkommen bis 3000 Mk. hatte. — Abg. Bauley-Gochen (S.): Will wie die Kommission, die Grundstücke bis 20 (60 resp.) 5000 Mk. freilassen, falls das Einkommen des Veräußerers weniger als 3000 Mk. betrug. — Abg. Albrecht u. Gen. (SD.) beantragen die Streichung sämtlicher Ausnahmen im § 1 und Zusammenfassung der §§ 1, 1a, 1b, 1c zu einem einheitlichen Paragraphen.

Gehärtete Sekretär Wertheim: Die Entscheidung, die hier fällt, wird nicht nur eine solche über die Reichswertzuwachssteuer sein, sondern über die Wertzuwachssteuer überhaupt, auch über die Gemeinden. Denn der

Widerstand der Haus- und Grundbesitzer richtet sich gegen die Zuwachssteuer überhaupt. Somit haben Reich und Gemeinden hier das gleiche Interesse. Das Reich aber muß vorgehen. Es ist ja auch kein Zweifel, daß das Reich der Haupttreiber unseres wirtschaftlichen Aufschwungs ist. Der Reichstag selbst hat die Steuer im Jahre 1909 verlangt, aber die Vorlage und noch weit mehr die Fassung der Kommission gehen weit hinter das zurück, was der Reichstag damals gewollt hat. Und trotzdem sind jetzt noch weitere Abbrückelungen im Werke. Ich bitte, nicht auch hier im Plenum, wie es in der Kommission geschehen ist, unaus-

Abschwächungsanträge

zu stellen, denn eine ausgedehnte Abschwächung ist nichts anderes als die Verteilung der Wirklichkeit der Steuer. Gegenüber den Befürchtungen über die Folgen des Gesetzes weise ich darauf hin, daß in mehr als 97 Proz. der Gemeinden, welche die Steuer eingeführt haben, eine Steuer-

zunahme der Grundstücke und Mieten nicht eingetreten ist, bei mehr als 98 Proz. war eine Einschränkung der Bauaktivität nicht zu verzeichnen und in 99 Proz. sind die Grundstücksgesellschaften zum Eigenbau nicht übergegangen. Auch der Umfang von Grundstücken ist nicht beeinflußt worden. Häfen sollen überdies durch die Einführungsbestimmungen vermieden werden. Wenn unsere Finanzen nicht wieder stecken bleiben sollen, müssen dem Staat die vorgesehenen Mittel gewährt werden. Hier gibt es kein Wanken und Weichen.

Marx (S.): Wir stehen dem Gedanken der Besteuerung des unverdienten Wertzuwachses freundlich gegenüber, und wir wollen auch ein wirksames Gesetz. Über der Rechtmäßigkeit darf nicht entscheiden, auch die Billigkeit muss mitgesprochen, sonst werden geradezu konservative Grundstücke ins Banken gebracht. (Sehr richtig! im Zentrum.) Bedeutlich am Gesetz ist namentlich die Zurückbeziehung auf das Jahr 1885 und seine rückwirkende Kraft bis zum 1. April 1910. Gegen die Zurückbeziehung spricht die Vesprioz, daß dadurch der alte, feste Familienbesitz gefährdet wird. Manche solide Bürgerfamilie in kleinen Städten hat ihre Sparreserve in Grundstücken angelegt, und das kann unmöglich mit großstädtischer Grundstückspauschale auf eine Stufe gestellt werden. Es geht nicht an, den Gemeinden innerhalb des Gesetzes einen allzuweiten Spielraum zu gestatten. Wir beantragen, daß sie einen Zuschlag von 100 Prozent, aber nicht darüber hinaus zu dem ihnen überwiesenen Anteil von 40 Prozent erheben dürfen. Wir beantragen ferner eine Erhöhung der Befreiungsgrenze, um die den Arbeitern diese dachte Bergünstigung auch dem kleinen Mittelstande zugutekommen zu lassen. Für die Übergangszeit verlangen wir möglichste Erleichterung. (Bravo! im S. —)

Gehärtete Sekretär Wertheim: Ich gehele, daß es mit angesichts der zahlreichen, meist auf Abschwächung hinauslaufenden Anträge zweifelhaft wird, ob etwas für unsere Veteranen herauskommt. (Lebh. hört, hört!)

Göhre (SD.): Ich möchte zunächst eine allgemeine Erklärung im Namen meiner Fraktion abgeben: Wie Sozialdemokraten legen den allergrößten Wert auf das Befriede-

kommen des Gesetzes, weil wir in einer solchen

Besteuerung des Wertzuwachses den Anfang einer gerechten Expropriation sehen. Wir haben daher schon 1902 bei den Kämpfen nahezu den Sozialtarif diese Besteuerung gefordert. Was uns jetzt geboten wird, sieht

freilich unserem Ideal wenig ähnlich.

Wir wünschten stets, daß in erster Linie die Gemeinde, sowohl Objekt wie Subjekt der Zuwachssteuer sein sollte, daß das Reich sich im wesentlichen darauf beschränken sollte, die Steuer in allen Gemeinden obligatorisch zu machen und eine Oberaufsicht auszuüben. Nach unserer Ansicht sollten die Gemeinden einen möglichst großen Spielraum in der Ausgestaltung der Steuer haben, und ihnen sollte auch der größte Teil des Ertrages anheimfallen. (Lebh. Zustimmung b. d. Sozialdem.) Das Reich könnte troh eines ihm zufallenden geringeren Brotes leicht wohl ein weit besseres Geschäft mit der neuen Steuer machen, vorausgeheilt, daß sie in wirklicher Weise ausgebaut wird. (Sehr wohl! b. d. Soz.) Der Schatzsekretär steht in dem Reich den Hauptfaktor, dem die Wertsteigerung gehuldet werde. Diese Kürzung zeugt bei einem Finanzmann von einem sehr vorauswürdigen Minus von ökonomischer Erkenntnis. Es ist nicht sowohl der Staat, sondern

es ist die Gesellschaft,

der der Wertzuwachs verdankt wird.

und zwar in erster Linie die wirtschaftliche Tätigkeit des arbeitenden Volkes, des Proletariats. (Lebh. Zust. bei den Soz.) Die Arbeit der Gesellschaft vollzieht sich in den Gemeinden, dort tritt der Wertzuwachs am unmittelbarsten zutage und dieses ist der Grund, weshalb die Gemeinden in allererster Linie die Wertzuwachssteuer zu beanspruchen haben. Auch kann die Steuer nur in der Gemeinde so gestaltet werden, daß sie Früchte bringt, ohne Häfen zu ver-

müs Dir ja beinahe verkohlt sein. Die ganze Kluke reicht bereits nach versengtem Veder!

Himmlische Göttel! Gerechter Gott! ich glaube selber, rief das Fräulein und sprang wie ein Gummiball in die Höhe und fuhr mit der Hand nach hinten, „himmlische Göttel! Alles bereite so hart wie ein Schildleder.“ Es zerkrümelt schon gänzlich zu Stückchen beim Anfassen.“

Was zerkrümelt schon? und das hast Du nicht schmerz bemerk?“ fragte Herr von Blümneran.

Das ist wiederum eine Prüfung und ein neuer Pfahl in meinem Fleisch!“ seufzte Agathe.

Ein Pfahl?“ erwiderte der Bruder, „ich denke, es ist eine Blase, wie eine Bombe groß, wenn ich nach dem Pulversdampf urteilen soll. Du fühlst Dich nur gleich in eine Öltonne setzen.“

Hältst Du ihn aber auch noch fest? Hältst Du ihn auch noch ordentlich fest?“ sorgte das Fräulein und fingerte noch immer an dem Orte der Verstörung und der Trübsal.

Halten? das ist eine Kleinigkeit. Aber wie kriegen wir ihn nur heraus und zu fassen? Ich bin bange, daß er ausschwimmen wird, sobald ich die Tür nur öffne, denn zu Fuß ist er, wie ein alter Hammelhase.“

Das ist er, das ist er! Wie ein alter Hammelhase, bestätigte das Fräulein.

Mit fällt etwas ein. Ich will durch die Bordertür gehen und ihm ins Bistir kommen. Halte Du nur aber auch die Tür hier so lange fest zu und nimm Dich in acht, daß er den Rock nicht herauszieht“, sagte Herr von Blümneran.

Den Rock herauszieht? Das soll er mir höchst bleibend lassen: Ich fühle mich nicht im geringsten genützt solchen Frevel zu dulden.“

Die Tante erfaßte nun mit beiden Händen den Türknauf und stemmte außerdem die Rocktasche vorstüdig zwischen ihre Knie; Herr von Blümneran aber lief sich Bordertür hinaus, mit dem freundlichen Bartsab, seinem lächelnden Schwager so zu bewillkommen, wie man in früheren Tagen im Hochstift Würzburg den, welcher dort Doniere werden wollte, bewillkommte, nämlich mit einer exemplarischen Durchgeriegung. Sobald er gegangen, blickte die Tante sich zum Schlüsselloch und rief: „Habe ich Dich doch erwacht. Du schlauer, falscher, meinräuber Lüftling! Hal! hal! zerre nur.“ Vergnügt ist Dein Strauß, Du ungereuer Oberon; Titania hat Dich erwacht, berst Du's? Sie hat Dich erwacht! Gefangen bist Du, Du Idiot, leichtfertiger Schmetterling, und die Stunde der Rache naht. Haßt Du

Burg Plümneran.

Eine mecklenburgische Ritter- und Dorfgeschichte.

(1. Fortsetzung.)

Wenn die Not am größten, ist die Hilfe am nächsten. Neblöslich kam der Dame eine rotende Seele. Auf dem Sofa lag ein Federkissen, sie ergriff es, knöpfte es zusammen und —

Gerechter Gott! haben Sie die Wassersucht, meine Gnädige?“ fragte der Baron, indem er staunend die sonderbare Erscheinung musterte.

„Die Wassersucht?“ rief das Fräulein und schlug die Hände schamhaft vor die Augen, „die Wassersucht? O Heinrich, Heinrich! was hast Du mir getan!“

„Was denn? was denn?“ fragte der Baron, der noch nicht klar sah, wo hinzu die Tante wolle.

„Eisernes Herz, unreine Seele!“ murmelte Agathe, indem sie sich auf einen Stuhl sinken ließ, und die linke Hand auf die Gegenseite der Herzgrube legte, „preche ich denn noch nicht deutlich genug? Sagt Dir das Herz nichts, welches hier pocht?“

Bei diesen Worten brach der Baron in ein schallendes Gelächter aus. Tante Agathe suchte die Verlegenheit, in welche dieses sie versetzte, unter einem Blick entsetzlicher Entzückung zu verbergen, und da dieser gar nicht wirkte, lachten der Baron sie umarmte und mit ihr das Zimmer durchwälzten, so wie sie umarmte und mit ihr das Zimmer durchwälzten. — Der Baron pflegte später zu erzählen, es hätte geklungen, als wenn am längsten Tage die Pforten der Höle sich erschlossen, — schloß sie das Auge und ließ die Arme schlaff niederhängen und den Kopf zur Seite hängen, wie ein geschlachtetes Läubchen. — Doch auch dies war umsonst, denn Mierendorf lachte nach wie vor und rasch ein Federmeister ergriffend, begann er den Gürtel und die Bänder der Gewande des Fräuleins zu zerschnüren. Aber bevor er alle Schranken, welche das Leibliche der Tante von der Außenwelt absperren, beseitigt, braunte urplötzlich eine furchtbare Ohrenfeige ihm auf der Wange und singierte eine Ohnmacht. Tief aufseufzend, — der Baron pflegte später zu erzählen, es hätte geklungen, als wenn am längsten Tage die Pforten der Höle sich erschlossen, — schloß sie das Auge und ließ die Arme schlaff niederhängen und den Kopf zur Seite hängen, wie ein geschlachtetes Läubchen. — Doch auch dies war umsonst, denn Mierendorf lachte nach wie vor und rasch ein Federmeister ergriffend, begann er den Gürtel und die Bänder der Gewande des Fräuleins zu zerschnüren. Aber bevor er alle Schranken, welche das Leibliche der Tante von der Außenwelt absperren, beseitigt, braunte urplötzlich eine furchtbare Ohrenfeige ihm auf der Wange und singierte eine Ohnmacht. Tief aufseufzend, — der Baron pflegte später zu erzählen, es hätte geklungen, als wenn am längsten Tage die Pforten der Höle sich erschlossen, — schloß sie das Auge und ließ die Arme schlaff niederhängen und den Kopf zur Seite hängen, wie ein geschlachtetes Läubchen. — Doch auch dies war umsonst, denn Mierendorf lachte nach wie vor und rasch ein Federmeister ergriffend, begann er den Gürtel und die Bänder der Gewande des Fräuleins zu zerschnüren. Aber bevor er alle Schranken, welche das Leibliche der Tante von der Außenwelt absperren, beseitigt, braunte urplötzlich eine furchtbare Ohrenfeige ihm auf der Wange und singierte eine Ohnmacht. Tief aufseufzend, — der Baron pflegte später zu erzählen, es hätte geklungen, als wenn am längsten Tage die Pforten der Höle sich erschlossen, — schloß sie das Auge und ließ die Arme schlaff niederhängen und den Kopf zur Seite hängen, wie ein geschlachtetes Läubchen. — Doch auch dies war umsonst, denn Mierendorf lachte nach wie vor und rasch ein Federmeister ergriffend, begann er den Gürtel und die Bänder der Gewande des Fräuleins zu zerschnüren. Aber bevor er alle Schranken, welche das Leibliche der Tante von der Außenwelt absperren, beseitigt, braunte urplötzlich eine furchtbare Ohrenfeige ihm auf der Wange und singierte eine Ohnmacht. Tief aufseufzend, — der Baron pflegte später zu erzählen, es hätte geklungen, als wenn am längsten Tage die Pforten der Höle sich erschlossen, — schloß sie das Auge und ließ die Arme schlaff niederhängen und den Kopf zur Seite hängen, wie ein geschlachtetes Läubchen. — Doch auch dies war umsonst, denn Mierendorf lachte nach wie vor und rasch ein Federmeister ergriffend, begann er den Gürtel und die Bänder der Gewande des Fräuleins zu zerschnüren. Aber bevor er alle Schranken, welche das Leibliche der Tante von der Außenwelt absperren, beseitigt, braunte urplötzlich eine furchtbare Ohrenfeige ihm auf der Wange und singierte eine Ohnmacht. Tief aufseufzend, — der Baron pflegte später zu erzählen, es hätte geklungen, als wenn am längsten Tage die Pforten der Höle sich erschlossen, — schloß sie das Auge und ließ die Arme schlaff niederhängen und den Kopf zur Seite hängen, wie ein geschlachtetes Läubchen. — Doch auch dies war umsonst, denn Mierendorf lachte nach wie vor und rasch ein Federmeister ergriffend, begann er den Gürtel und die Bänder der Gewande des Fräuleins zu zerschnüren. Aber bevor er alle Schranken, welche das Leibliche der Tante von der Außenwelt absperren, beseitigt, braunte urplötzlich eine furchtbare Ohrenfeige ihm auf der Wange und singierte eine Ohnmacht. Tief aufseufzend, — der Baron pflegte später zu erzählen, es hätte geklungen, als wenn am längsten Tage die Pforten der Höle sich erschlossen, — schloß sie das Auge und ließ die Arme schlaff niederhängen und den Kopf zur Seite hängen, wie ein geschlachtetes Läubchen. — Doch auch dies war umsonst, denn Mierendorf lachte nach wie vor und rasch ein Federmeister ergriffend, begann er den Gürtel und die Bänder der Gewande des Fräuleins zu zerschnüren. Aber bevor er alle Sch

ursachen und schließlich kommt hinzu, daß die Gemeinden, welche diese Steuer geschaffen haben, ein historisches Recht auf sie besitzen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Da nun ein Gesetz, das diesen Ansprüchen entspricht, nicht zu erreichen ist, so ziehen wir uns auf etwas Bescheideneres zurück, auf den vor einem Jahre vorgelegten Regierungsentwurf. Er ist durchaus besser als der Kommissionsentwurf, er hat viel weniger Ausnahmestipulationen, ist klarer und bringt mehr ein. Wir haben daher zu § 1 beantragt, die Regierungsvorlage wieder herzustellen und werden auch weiterhin ähnliche Anträge bringen. Der Kollege Marx wunderte sich, daß unser Antrag auch die kleinen Leute treffen soll, die nur 2000 M. Einkommen haben und die der Kommissionsentwurf frei läßt. Diese Befreiung zeigt aber deutlich den

agrarischen Pfeidfuß.

In agrarischen Kreisen ist es ja Mode, das Einkommen niedrig einzuschätzen, und sehr reiche Agrarier verstehen es, unter der Einkommengrenze von 2000 M. zu bleiben. Die Agrarier würden also noch der Kommissionssatzung noch steuerfrei bleiben, als es heute schon der Fall ist. Die wirklich kleinen Leute bleiben schon nach der Bestimmung des § 20 steuerfrei, wonach Beiträge bis zu 20 M. nicht erhoben werden. Wenn durch besondere Umstände aber ein kleiner Mann wirklich mal einen großen Gewinn macht, so wird er im Gegensatz zu den steuerhaften Agrariern die Steuer schon gern bezahlen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten; Widerspruch rechts.) Die Ausnahmestipulation für die Bergwerksanteile ist natürlich völlig ungültig. Das Bergrecht darf nicht anders behandelt werden wie das andere Grundrecht. Die agrarische Durchsuchung der Steuer entstellt wieder einmal das Spiel des schwärzblauen Blocks. (Zustimmung bei den Soz. Lärm rechts und im Z.) Dabei würde die Steuer doch sehr lukrativ werden, wenn sie auch die Agrarier erfaßte. Seit 1903 ist der ländliche Grundbesitz infolge der Röhlgesetze um 88 Proz. im Wert gekiepen. (Hört, hört! bei den Soz.) Daß der erhöhte Umsatzstempel neben der Steuer noch drei Jahre aufrecht erhalten werden soll, beweist deutlich, daß Ihr Triumphgefreite über die Erfolge der Reichsfinanzreform nur Schein und leerer Wahn ist. (Lebhafte Zustimmung links, Lachen rechts und im Zentrum.) Die Zuwachssteuer ist geradezu der Stein des Ansts, und dabei ist es noch fraglich, ob das Versprechen, den erhöhten Umsatzstempel nach 3 Jahren aufzuhören, erfüllt werden wird.

Es ist schon viel versprochen worden,

ich erinnere an die Witwen- und Waisenversicherung. (Lebh. Zustim. b. d. Soz. Widerspruch rechts.) Sie wollen serner den Entzug der Steuer für die neue Heeresvorlage verwenden, und was etwa übrig bleibt, den armen Vereinen gewähren. Niemals werden wir einwilligen, die Beiträge der Steuer für die Heeresvorlage zu vermindern. Auch nicht indirekt werden wir einen Verringung für den Militärmus bewilligen, der das Unglück des deutschen Volkes, das Unglück alter Kulturröster ist. (Lebh. Zustim. b. d. Soz.) Wir verlangen Verstärkung der Veteranen in weitestem Umfang. Die Männer, die heute als Veteranen Not leiden, haben 1870 mitgeholfen, die Grundlage zu schaffen, auf der der große Wettbewerb entstehen konnte. Darum haben sie in erster Linie Anspruch auf die Beiträge dieser Steuer. Ein Paragraph, der dieses deutlich bestimmt, muß dem Entwurf eingefügt werden. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Was dann etwa übrig bleibt, das muß dazu dienen, eine der indirekten Steuern zu beseitigen, die heute so schwer auf dem Volke lasten. Wir sind Anhänger einer gefundenen, alten Schichten der Bevölkerung, vor allem die bessigenden Schichten, auch die bessigenden agrarischen, fest angedockten Zuwachssteuerblöcken. Sie eine solche mit uns, so wird das Volk auch Sie einmal segnen. Wahrscheinlich werden Sie es ja nicht tun, aber wir werden alles daranlegen, und das Volk wird uns dafür seine Zustimmung geben. (Lebh. Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Dr. Weber (NL). Der Kollege Göhré möchte die Reichswirtschaftssteuer einerseits zur Unterstützung der Veteranen, andererseits zur Befreiung der Baumholzsteuer benutzen. Aber um beide Zwecke zu erfüllen, dazu reichen die Erräumungen nicht aus. Wir sind prinzipiell für die Wettbewerbssteuer, versprechen uns aber von ihr nicht solche Wunderwirkungen wie die Bodenreformer. Die Wettbewerbssteuer wird vom Verkäufer auf den Erwerber abgewälzt werden. Sie wird wirken, wie jede andere indirekte Steuer und das Produkt hier also den Boden verteuern. Bedeutende Interessen werden durch diese Steuer in schwerwiegender Weise kontrahiert. Ein solches Gesetz, welches so total verschiedene Verhältnisse, wie die der rheinischen und sächsischen Industrie, der oberbayerischen und ostpreußischen Agrar-

die Sprache verloren? Antwort mir doch! Schweigt jetzt Deine höhnische Laute. Du fauligerer Septentrione. Du vereiterlicher Theieu. Du fauliger Schweißstein? Sofort wird der Pastor geholt, um unsere Verbündung zu legen; um den Krummen wieder gerade zu machen und den wankenden Weiler der Jugend wieder zu befestigen. Auf dem Sac und in der Asche sollst Du mit Bogen tanzen. Du Argus, und weigert Du Dich, so mußt Du für das, was Du mir getan, meinem Bruder mit Deinem Leben entgelteln, Du fauliger Boreas. Du!

"Was Tenzel! Du hast ihn ja lassen lassen!" rief Herr der Präsident.

"Was?" freudete das Fräulein, ist er fort? Ist er entwischen? Nicht möglich! Ich halte hier ja den Rock zwischen den Füßen."

"Der läufige Bube," rief der Burgherr, "hat wie der Fuchs im Eulen gemacht; er hat sich selber den Schwanz abgebissen."

"Gottliche Güte! Das gebe Gott nicht, daß er einen solchen Himmel begangen hat!" rief das Fräulein und zog die Tür weit auf.

Wohllich hatte der Baron, dem von einem Zusammentreffen mit dem Burgherrn nichts Vorteilhaftes schwante, sich rasch entziehen, die festigenden Rockhöhe abzuhaken und war dann behende davon gerannt und nirgends zeigte sich seine Spur mehr.

"Na, ist hin! Verloren ist verloren!" sagte Agathe und betrachtete die Rock-Relikuen fast so betrübt, wie jener König die Reliquien des treuen Combauds betrachtete.

"Wer's Weiser mach' er mir doch noch?" lagte unglücklich Herr der Präsident.

"Wer's Weiser?" fragte erschrocken das Fräulein, "vor's Weier? Nein, mein Bruder, eine solche Rache und Genugtuung gehe ich nicht. Ich möchte nicht, daß um meine wegen die ewigen Gesetze der Natur genauso verfürzt würden. Ein ist einsam hin! Ich bin eine lutherische Christin und genauso einsam jeden sein beschäftigtes Teil."

Gedanklich ging zu die Schmidauer ins Haus. Leute Agathe trug traurig die abgeschmittenen Teile in ihr Schmuckkästchen und vermaßte sie so vorsichtig, wie einkelde die Kinderen ihres Abolad. Herr von Blümchen über hing sehnig die Hergeschüle an die Wand und zog sich weiter zum Herrn von Jofus.

(Kartenspiel folgt)

bestecke einheitlich treffen will, muß auf das sorgsamste geprüft werden. Die kleinen Vergünstigungen, wie sie von der Kommission beschlossen sind, sollte Herr Göhré dem Mittelstande doch gönnen. Der Vorwurf, daß das Gesetz nicht weit genug geht, ist leicht erhebbar, aber die Hoffnung, daß beim Schärfen Rücksicht der Steuerschraube sich höhere Beiträge ergeben, hat sich schon oft als irrtümlich erwiesen. Man täusche sich nicht: je drakonischer die Bestimmungen sind, desto lebhafter wird der Wunsch sein, sich der Steuer zu entziehen, desto größer wird die Zahl der Prozesse usw. — Warum

die Bundesfürsten von der Steuer befreit sein sollen, ist wirklich nicht einzusehen. Wir begrüßen den Kommissionsentwurf, der diese Befreiung befürwortet. Den sozialdemokratischen Antrag lehnen wir ab, weil er nicht nur den unverdienten, sondern auch den verdienten Wettbewerbsstande doch gönnt. Das Bergrechtseigentum, gegen dessen Befreiung sich Herr Göhré wundert, ist sein eigentliches Eigentum an Grund und Boden. Hier müssen stabile Verhältnisse herrschen, sonst werden auch die Arbeitnehmer ungünstig beeinflußt. Deshalb werden wir an dieser Bestimmung festhalten, gegen die Sozialdemokratie, zum Wohle der Arbeiter. (Weiß bei den Nail.)

Cuno (FDP): Den Satz in § 1 „der ohne Nutzen des Eigentümers entstanden ist“ beantragen auch wir zu streichen, weil eine derartige Begriffsbestimmung zu natürliche für ein Steuerrecht ist. Ob die Steuer abwälzbar ist oder nicht, das hängt von den sozialen Verhältnissen ab. Die Terrangefährdeten freilich werden die Steuer nicht leicht abwälzen können. Werden sie aber stark getroffen, so leidet entschieden die Bauindustrie, was nicht zu wünschen ist. Wir können nicht dafür stimmen, daß der erhöhte Umsatzstempel neben der Zuwachssteuer weiter erhoben wird. Die Kosten für die Heeresvermehrung werden sich auch anderweitig aufbringen lassen. Ein weiteres Bedenken gegen das Gesetz ist, daß es sehr stark in die Selbstverwaltung der Gemeinden eingreift. Es erscheint uns fraglich, ob es nach der Verfassung überhaupt zulässig ist, daß das Reich Steuer vom Grundbesitz erhält, um sie an die Gemeinden zu überweisen. Die Gemeinden haben auf diesem Gebiete experimentiert und jetzt soll ihnen die Möglichkeit genommen werden, die beste Form der Steuer zu finden. In der heutigen Gestaltung der Steuer wird der ländliche Grundbesitz gefordert, der städtische belastet. Eine so ungerechte Besteuerung werden wir zu beseitigen suchen. (Zustimm. b. d. Volkspartei)

Das Haus vertagt die Weiterberatung auf Dienstag 1 Uhr.

Schluß 3/7 Uhr.

Aus der Partei.

Ein beleidigter Liebertardist. Durch einen Artikel im Halleischen Volksblatt fühlte sich der in Halle residierende Generalsekretär des Reichsverbandes Michaelis dermaßen beleidigt, daß er zum Radios und von ihm die Strafstrafe des Verantwortlichen, Genossen Michaelis, forderte. Michaelis hatte die bekannte 20 000-Mt.-Angelegenheit nach den Sammlungen für den großen Bergarbeiterstreit im Jahre 1905 in einer öffentlichen Versammlung im Mansfeldischen so eigenhändig behandelt, daß ihn das Volksblatt scharf zur Rechenschaft gezogen wurde. Das Halleische Schöffengericht bestätigte dem angeklagten Genossen den Schutz des § 193 zu, hielt aber die Form des Artikels für allzuschärf und verhängte 75 Mt. Geldstrafe.

Aus den Wahlkreisorganisationen. Der Sozialdemokratische Verein für den Wahlkreis Nürnberg-Lindendorf veröffentlichte soeben seinen Bericht für das erste Geschäftsjahr 1910-11. Der Bericht weist wieder sehr erfreuliche Fortschritte auf. Die Gesamtbemühungen und Ausgaben bilanzierten mit 48 980,69 Mt. eindeutig eines Kostenbestandes von 28 803,53 Mt. An die verschiedenen Parteiinstanzen wurden abgeteilt 11 810,32 Mt. An Neuauflagen sind zu verzeichnen 2388, davon im letzten Quartal 1550. Beiträge wurden geleistet 84 437 männliche und 6 182 weibliche, insgesamt somit 90 629. Bei einer durchschnittlichen Beitragsteilung von 10 Monatsbeiträgen für das Jahr gerechnet, wie dies seitens des Parteivorstandes angenommen wird, ergibt sich für das Geschäftsjahr die Mitgliederzahl von 16 887 männlichen und 1 232 weiblichen, zusammen 18 119 Mitgliedern.

Warnung vor Schwindlern. Auf dem Parteibureau in Bremen erschienen am Sonnabend zwei Leute, die sich für russische Flüchtlinge ausgaben und um Unterstützung batzen. Sie erklärten von Hannover zu kommen, wo sie leichs Markt erhalten hätten und erzählten weiter, daß sie über Köln nach Berlin wollten. Als man ihnen erklärte, daß man sich sofort mit dem Bezirkssekretariat in Dortmund in Verbindung setzen werde, verschwanden die beiden Flüchtlinge. Später stellte sich heraus, daß sie in Dortmund bereits Unterstützung erhalten hatten.

Verneuliche Verleumder. Im Anschluß an die Handlungen des sozialdemokratischen Landesparteitages von Erfurt-Völkingen hatten verschiedene Zentrumsblätter gegen einige Parteigenossen die Beleidigung verbreitet. Es handelt sich um „blutigen“ Arbeitervorgrößen ein vornehmes Leben. Die Genossen Peirotes und Dr. Weill strengten hierauf gegen die „Oberelsässischen Landeszeitung“ in Müllhausen und den „Oberelsässischen Volksboten“ in Straßburg eine Privateklage wegen Beleidigung an, die am Sonnabend vor dem Schöffengericht in Straßburg zur Verhandlung kam. Der Verantwortliche des „Oberelsässischen Volksboten“ wurde zu 50 Mt. Geldstrafe, der der „Oberelsässischen Landeszeitung“ zu 105 Mt. Geldstrafe verurteilt.

Zur Tarifbewegung im Holzgewerbe.

In den 20 Städten, in denen die Tarifverträge zum 12. Februar d. J. gekündigt sind, haben nunmehr die Holzarbeiter die zu unterstützenden Forderungen beschlossen und den Arbeitgebern übermittelt. Gleichzeitig wurde den Arbeitgebern mitgeteilt, daß die Arbeiter zu offiziellen Verhandlungen bestellt seien.

Eine in Berlin stattgefunden Konferenz von Vertretern der in Frage kommenden Orte beschäftigte sich mit dem Vertragsschluß, daß von den beiderseitigen Zentralvorständen unter Rücksicht einer Kommission als Grundlage für die Verträge ausgearbeitet wurde. Wenn auch gegen eine Unzahl Bestimmungen des Musters Bedenken laut wurden, fand es schließlich doch die Zustimmung der Städtevertreter, nachdem der Vorstand des Holzarbeiterverbandes wiederholt erklärt hatte, daß die Bestimmungen nicht unter allen Umständen für alle Städte bindend sein sollen, sondern daß für die einzelnen Orte abweichende Vereinbarungen zulässig sind.

In den Orten Elberfeld, Elbing, Herford, Jena, Kallstadt, Oschatz und Roskow kommt neben dem deutschen Holzarbeiterverband auch der praktische Verband resp. der schlesische Gewerbeverein als Vertragsschließer mit in Frage. Diese Organisationen haben in den auch für sie in Frage kommenden Orten die Forderungen mit dem deutschen Holzarbeiterverband gemeinsam erarbeitet und werden auch die Verhandlungen gemeinsam geführt werden.

Die Verhandlungen dürften nunmehr in den meisten Städten in den nächsten Tagen beginnen. Über die Frage der Arbeitszeit soll, wenn darüber an den einzelnen Orten eine Verständigung nicht möglich ist, eine Zentralkommission weiter verhandeln und sollten die seinerzeit zwischen den Verbandsvorständen vereinbarten „Regeln zur Staffelung der Arbeitszeit in den deutschen Städten“ hierbei als Richtschnur dienen.

Die heftigste Pointe bei den ganzen Verhandlungen dürfte die Vertragsdauer sein. Der Vorstand des Holzarbeiterverbandes muß auf Grund eines Verbandstagebeschlusses unter allen Umständen an der vierjährigen Vertragsdauer festhalten, während der Arbeitgeberverband nur auf 3 Jahre abschließen will, mit der ausgesprochenen Absicht, dadurch einen einheitlichen Ablaufstermin für alle Verträge schneller zu erreichen.

Wenn der Arbeitgeberverband an dreijährigen Verträgen festhält, wird aus dem Vertragsabschluß überhaupt nichts werden und läuft dann ein Kampf in greifbare Nähe gerückt sein.

Gegenwärtig sind beide Parteien eifrig an der Arbeit, ihre Organisation noch weiter auszubauen. Der Schutzverband hält in vielen Orten Propagandaversammlungen ab, in denen die Herren Rahardt, Hobbe und Misch ihre Programme halten.

Die Hamburger Arbeitgeber, die dem Rahardtschen Schutzverband nicht mehr angehören, denen aber auch der Vertrag vom Holzarbeiterverband gestellt wurde, machen schon jetzt gehörig scharr. Eine solche Versammlung nahm folgende Resolution an:

„Die Arbeitgeber erklären, unter gewissen Voraussetzungen ein neues Vertragsverhältnis einzugehen zu wollen. Sollte dieses jedoch auftreten kommen, durch ohne Vertrag arbeiten zu wollen. Sofern in letzterem Falle der Vertrag gemacht werden soll, ist Arbeitgeber durch Sparten der Betriebsstätten oder sonstige Maßnahmen zur Bohnerhöhung oder Arbeitszeitverkürzung zu nötigen, so haben sämtliche Arbeitgeber der Holzindustrie durch Schließung ihrer Betriebe für die Angegriffenen einzutreten und bis zur Schaffung von Garantien geschlossen zu halten. Ein übrigen erbleiben die Verhandlungen in der Aufrichterhaltung und Benutzung des paritätischen Arbeitsnachweises während einer vertraglosen Zeit keine Vorteile für das Gewerbe; sie verpflichten sich daher, nach Ablauf des Vertrages und bis zur Schaffung eines neuen Vertragsverhältnisses den paritätischen Arbeitsnachweis nicht zu benutzen!“

Die Annahme dieser Resolution bedeutet Sturm!

Einen Vortrag des paritätischen Arbeitsnachweises werden sich die Hamburger Holzarbeiter unter keinen Umständen gefallen lassen. Schon heute wird ein großer Teil der in Hamburg benötigten Tischlerarbeiten auswärts angefertigt — der vor wenigen Monaten von den Arbeitgebern herabbeschworene Arbeitsnachweiskampf hat diesen Zustand erheblich verschärft — wenn nur die Arbeitgeber einen neuen Kampf provozieren werden, die auwärtigen Firmen noch mehr Hamburger Kundenschaft an sich reißen, und die leidtragenden Hamburger Tischlermeister werden zum Teil dann ihre Betriebe garnicht mehr zu öffnen brauchen, weil die Arbeit außerhalb angefertigt wird.

Die Tischlermeister haben weiter beschlossen, für die nächsten 4 Wochen durch Umfrage von allen Holzgewerbetreibenden in Hamburg, wöchentlich für jeden beschäftigten Arbeiter eine Mark zu erheben. Der so gesammelte Streitabwedsfonds, dessen Verwaltung in den Händen des Vorsitzenden des Schutzverbandes und denen der Obermeister der Fünfungen liegt, soll dazu dienen, im Falle eines Streitkampfes hilfsbedürftige Holzgewerbetreibende mit Geldmitteln zu unterstützen.

Die Holzarbeiter lassen sich, weder in Hamburg noch sonstwo, durch solche Beiträge ins Hochhorn jagen. Sie versetzen ihren Weg ruhig weiter. — Sie sind gerüstet!

Gewerkschaftsbewegung.

Lohnbewegung in der Textilsektion in Köln a. Rh. Die organisierten Schneider haben an die großen Detailkonfektionsfirmen in Köln, Mülheim a. Rhein, Düsseldorf und Elberfeld Lohnforderungen gestellt. Die Forderungen sind in einem vierställigen Tarifentwurf enthalten, deren Lohnsätze den heute schon teilweise üblichen Stücklohnähnlichen Geschäften anderer Großstädte angepaßt sind.

Der Ausstand in der Schnäckfabrik M. u. S. Levi in Goppingen (Württemberg) wurde durch Verhandlungen beigelegt. Die stehenden Lohnruthaben gelangten sofort zur Auszahlung, die Arbeit wurde am 11. d. Mts. wieder aufgenommen. Die beim Gewerbergericht abhängig gemachten Klagen wurden beiderseitig zurückgezogen.

Kriegervereins-Terror. Bei der Arbeitervertreterwahl der Ortsräte in Neustadt (O. Schl.) siegte die Liste des Gewerkschaftsvereins. Auf dieser Liste war auch der Name eines Arbeiters verzeichnet, der vorläufig noch dem Kriegerverein angehört. Dem „Verbrecher“ wurde vom Kriegervereinsvorstand folgender Liebesbrief geschrieben:

Bei den letzten Wahlen der allgemeinen Ortsräte sind Sie von sozialdemokratischer Seite als Kandidat aufgestellt worden. Es muss dies den Anschein erwecken, daß Sie der sozialdemokratischen Partei oder den freien Gewerkschaften als Mitglied angehören. Sie werden deshalb aufgefordert, innerhalb 8 Tagen zu Händen des mitunterzeichneten Vorsitzenden eine schriftliche Erklärung abzugeben, dahinlautend, daß Sie der obengenannten Partei oder Gewerkschaft nicht angehören.

Der Vorstand des Militärvereins.

Heilig, Schriftsteller.

Das Jahrbuch für Partei- und Gewerkschaftsangehörige wird im Buchhandel nicht herausgegeben. Aber auf vielfachen Wunsch hat der Vorstand des Vereins-Arbeiterpreises beschlossen, daß das Jahrbuch an Parteigenossen gegen Einsendung von 1,50 Mt. an den Kassierer des Vereins, Robert Schmidt, Berlin S. 16, Engel-Ufer 15, portofrei abgegeben wird.

Ein Militärverein als Streitbrecherbüro. Die aussergewöhnlich wütigen Rauchwarenfabrikanten in Rötha sind durch die Arbeitsniederlegung der Hilfsarbeiter arg ins Gedränge gekommen, hofften sie doch, mit diesen und den Lehrlingen die Betriebe aufrecht zu erhalten. In ihrer Not haben sie sich mit den Arbeitnehmern des Militärvereinsbundes in Leipzig gewandt, der ihnen auch 8 Kundschafter vermittelte. 2 von ihnen haben allerdings die ehrenvolle Tätigkeit nicht erst aufgenommen. Einzigartig ist die Zahl der ausländigen Hilfsarbeiter und Arbeitern in Rötha auf 90 gestiegen. Da die Unternehmer bemüht sind, Hilfsarbeiter auswärts zu engagieren, sei nochmals auf Fernhaltung des Bu-

rges hingewiesen.

zu führen. Die Einwohnerchaft dieses etwas über 3000 Einwohner zählenden Ortes, in dem etwa dreiviertel der Bevölkerung von der Rauchwarenzurichterei leben, führt seit Jahren einen hartnäckigen und heftigen Kampf um ein Versammlungslokal. Bisher nutzte sie zur Freude der Röthaer Honoratioren ihre Versammlungen, Sitzungen, Feste usw. im Nachbardorf. Es schwippte abhalten; umso größer war nun der Grimm der Röthaer Chorarbeit als im Sommer vorigen Jahres zunächst für die Gewerkschaften und im Herbst dann auch für die Partei der mitten im Städchen gelegene Gasthof Stadt Leipzig frei wurde; sie setzte alle Hebel an, um das Lokal wieder abzutreiben. In diesem Kampfe betätigten sich in ganz besonderem Maße die Schützen gesellschaft, in der die Rauchwarenfabrikanten eine hervorragende Rolle spielen; sie beschloß, bei ihren Fests nicht mehr in Stadt Leipzig anzutreten, was natürlich mit einer Schädigung des Wirtes verbunden war. Auf diesen Beschluss hin verließen nun auch die übrigen Vereine — Krieger, Gesang, Dramatischer Verein etc. — Stadt Leipzig. Da nun aber diesen Vereinen noch eine Reihe Mitglieder des Kürschnerverbandes angehörten, veranstaltete die Röthaer Filiale eine Befreiung mit diesen Mitgliedern mit dem Ergebnis, daß fast alle in richtiger Erkenntnis ihrer Massenlage die Klimbimvernen den Rücken kehrten. Nur zwei der Schützen gesellschaft angehörige Kürschner blieben den völlig loyalen Vorhaltungen gegenüber taub; sie führten in dieser Gesellschaft Schulter an Schulter mit ihren eigenen Ausbeutern den Lofkampf gegen ihre Klassengenossen. Empört über dieses Gedaren und ihr sonstiges provokatorisches Auftreten beschloß nun die Filiale Rötha den Ausschluß der beiden Schützenbrüder wegen Schädigung der Verbandsinteressen. Diesen Ausschluß hielten nur die Röthaer Spieler für den geeigneten Augenblick, um gegen die Röthaer Arbeiterschaft zu einem Schlag auszuholen. Die Rauchwarenfabrikanten forderten vom Verband die Wiederaufnahme der beiden ausgeschlossenen, anderfalls, wie sie die gesamten Kürschner Röthas aus ihrem Verband ausschließen. Sie beglaubigten mit der Pariserbestimmung, daß die Unternehmer nur organisierte Kürschner beschäftigen dürfen, die ausgeschlossenen Schützenbrüder also mindestens am Orte im Vorute arbeitslos seien; denn auf die objektive Mitteilung vom Ausschluß hatten die Unternehmer die beiden Schützenbrüder zunächst entlassen. Sie verfahren aber die beiden rasch mit Rechtshilfe, richteten eine Beschwerde an den Verbandsvorstand und erwirkten auch die Ungültigkeitserklärung des Ausschlußbeschlusses. Seit der Stunde arbeiten die beiden Ausgeschlossenen wieder bei ihren Schützenbrüdern. Da jedoch die Filiale die Wiederaufnahme der Unternehmer ließ, der den Vorstand beschloß aufzuhoben und den Ausschluß als zu Recht erfolgt erklärte, Unterstüzung fand, machten nunmehr die Unternehmer ihre Androhung wahr und sperrten am Tage vor Weihnachten über 200 Kürschner aus. Der Hauptnachricht war hierbei das Kürschnervorstandsmittelhabitant Heinrich Kurze Zeit darauf kündigte sie an, die ganze Sektion Leipzig (Leipzig, Makrstadt, Schleidig und Rötha) auszutreiben, wenn sich nicht Rötha füge. Seitdem ist nun die Zahl der Ausgetriebenen auf 250 Mann gewachsen; die Unternehmer aber versuchten, ihre Betriebe mit den Lehrlingen und Hilfsarbeitern bis zum Beginn der Saison (Ende Januar) aufrecht zu erhalten. Durch diese Rechnung haben jedoch die Kürschner jetzt einen Strich gemacht. Sie haben am Mittwoch begonnen, aus den Fabriken, in denen der Geschäftsgang wieder flott ist, die Hilfsarbeiter herauszuziehen, bis jetzt 75 Mann, sodass die Zahl der Ausgetriebenen und Streikenden über 300 beträgt. In den letzten Tagen wird sich, falls die Unternehmer hartnäckig bleiben, diese Zahl bedeutend vermehren und es ist zweifelhaft, ob es nicht zu einem Kampfe in der ganzen Sektion Leipzig kommen wird. Und das alles, weil wild gehärdete Spieler der Arbeiterchaft das Versammlungslokal abtreiben wollen. Man wollte die Kürschner, die stärkste Organisation am Orte, die weit über 400 Mitglieder zählt, klein kriegen, um dann der übrigen Arbeiterschaft den Fuß auf den Nacken legen zu können. Dieses saubere Blancken ist schon jetzt auseinander, denn die gesamte Arbeiterschaft steht wie ein Mann zusammen und wird den Kampf ehrenvoll durchziehen.

Der Eisenbahnerstreit in Portugal soll beendet sein, nachdem eine Verständigung erzielt worden ist. In Lissabon ist ein Gasarbeiterstreit ausgebrochen.

Kommunales.

Volkssbildung und „Lustbarkeitssteuer“. Der Berliner Stadtverordneten-Ausschuss nahm am Montag bei seinen Beratungen über die Erhebung einer Lustbarkeits- und Billietsteuer eine Bestimmung an, nach der Vereinigungen wie die „Neue Freie Volksbühne“ nicht von der Steuer befreit werden.

Gemeindewahlerfolg. Durch die Eingemeindung der Vororte Pferlen und Oberhausen wurden Ergänzungswahlen für das Augsburger Gemeindelokalrat notwendig. In Pferlen wurde neben einem Absturz und einem Zentrumswahlkreis ein Gedenk gewählt. In Oberhausen fehlten unserm Genosse nur wenige Stimmen. Die Wahlen erfolgten nach dem Proportionalwahlkasten; aber das Wahlrecht ist an das Bürgerrecht gebunden, das nur durch Zahlung von 50 bis 70 Pfennig erworben werden kann.

Ausfall vor dem Schwurgericht.

Am Montag kamen mehrere Einzelfälle zur Verhandlung. Der Angeklagte Gieslich ist bei seiner Festnahme von Schutzleuten furchtbar misshandelt und schwer verletzt worden. Er wurde von Kriminalbeamten verhaftet, weil er einen Stein gegen die Schutzleute geworfen haben soll. Die Beamten geben zu, daß sie bei dieser Gelegenheit von ihren Säbeln Gebrauch gemacht haben; der Angeklagte habe widerstand geleistet. Gieslich ist nach seiner Festnahme nach der Polizeiwache auf dem Kupferschen Kostenplatz gebracht worden. Nach seiner Angabe fielen die Arbeitswilligen beim Betreten des Platzes über ihn her und schlugen gemeinsam mit den Schutzleuten auf ihn ein. Er wurde darauf in einem Vorraum des Wachtlokals auf den Fußboden gelegt, wo sich bald eine große Blutlache bildete. Gieslich hatte durch einen Säbelstich in den Unterleib eine schwere Verlegung erhalten. Die Schutzleute hätten verlangt, er solle das Blut austrocknen oder ausscheiden. Da er das nicht konnte, hätten sie ihn durch die Kutsche gezogen.

Die Polizeibeamten bestreiten die Darstellung des Angeklagten. Zeitzliche Gutachten haben festgestellt, daß der Säbelstich durch den Gieslich verlegt worden ist, von hinten das Gesäß traf, bis in die Bauchhöhle drang und eine schwere Operation nötig machte. Obgleich die Wunde gut verheilt ist, leidet Gieslich immer noch an den Folgen der Verlezung.

Mehrere Zeugen befanden allgemeine Borgiae. Ein Zeuge hat gehört, daß ein Schuhmann am Eingang des Kürschnerlokals oder ein neuer ihm gehender Kriminalsekretär des Kommandos: „Kaus, los!“ gab. Darauf seien 20—30

Arbeitswillige auf die Straße gestellt und hätten sich auf einige Passanten geworfen. Ein Passant, der nicht schnell genug entkommen konnte, wurde von den Arbeitswilligen furchtbar geschlagen. Auch andere Zeugen beruhnen, daß harmlose Passanten von Polizeibeamten misshandelt wurden. Ein anderer Zeuge sagt aus, daß Verbrechen wahrscheinlich Kriminalbeamte hätten lauter als andere „Bluthunde“ und „Haut die Blauen“ gerufen. Wenn dann die Schutzleute gegen die Menge vorgingen, stellten sich die Räuber an die Wand, erhoben ihren Stock und riefen den Schutzleuten: „Halt, Kollege!“ zu. Sie blieben dann vollständig unbewaffnet.

Aus dem Gerichtsaal.

Die Unruhen auf dem Webding. Vor der ersten Strafkammer des Berliner Landgerichts III begann am Montag die Verhandlung gegen achtzehn wegen der Unruhen auf dem Webding (Nacht vom 29. auf den 30. Oktober 1910) Angeklagten. Die Anklage lautete auf Landfriedensbruch, Aufruhr, Widerstand, Sachbeschädigung und Beleidigung. Auf eine Einwendung der Staatsanwaltschaft, die Bekundungen über Misshandlungen auf der Polizeiwache als nicht zur Sache gehörig beanstandet, entscheidet das Gericht: „Fragen nach Misshandlungen auf der Polizeiwache sind zu zulassen.“

Ein patriotisches Gegenstück zum Fall Wolf-Kaiserslautern. Der 65 Jahre alte verheiratete Postmeister Christian Kämmerer, der im Postamt 2 in Mühlberg beschäftigt war, hatte sich wegen Verbreichens der Amtsunterschlagung und Urkundensfälschung zu verantworten. Es ist dies im Zeitraum eines Jahres das drittmal, daß sich das Mühlberger Schwurgericht mit Postbeamten, die amtiell anvertraute Gelder unterschlagen, befaßt. Kämmerer, der bei seinen Vorgelegten unbeschranktes Vertrauen genoss, galt als Biedermeier; er war ein eifriger Patriot, sein Dienstleben ging so weit, daß er seit sieben Jahren auf seinem Postamt nicht verloren habe. Am Oktober 1910 wurde Kämmerer gezwungen, in Urlaub zu gehen. Seit dies zu tun, ging Kämmerer zum Staatsanwalt und beschuldigte sich selbst, 40 000 Mk. aus der ihm unvertrauten Postkasse unterschlagen zu haben. Eine Revision, die nach der Verhaftung Kämmerers vorgenommen wurde, ergab, daß nicht 40 000 Mk., sondern 44 000 Mk. fehlten. Die Unterschlagungen datierten seit 1914. Kämmerer hatte zuletzt ein Gehalt von nicht ganz 6000 Mk. Bei seinen Unterschlagungen manipulierte er, derart, daß er, wenn eine Rassenvision vorgenommen wurde, einfach den Betrag, der unterschlagen war, immer eine runde Summe, im Kassenbuch einfach als Vorschuß an die Schalterbeamten der Postanweisungsauszahlung eintrug. Nachdem der Revisionsbeamte alsdann das Geld gezählt, hatte und dieses dem Kämmerer übergeben war, nahm er den als Schaltervorschuß gebuchten Betrag und überbrachte diesen den Schalterbeamten, ohne daß der Revisionsbeamte, der noch mit Rechnen beschäftigt war, etwas merkte. Wenn der Revisionsbeamte dann am Schalter revidierte, fand sich dort richtig der im Kassenbuch vermerkte Vorschuß eingetragen. Die Revision, die der Postamtsvorstand von Zeit zu Zeit vornahm, war, wie der Amtsvorstand vor dem Schwurgericht selbst zugab, ganz oberflächlich. Die Revisionsbeamten haben es dem ungetreuen Beamten also sehr leicht gemacht. Hätte der revidierende Beamte nur einmal zuerst am Schalter und dann erst die Kasse des Kämmerer revidiert, dann wäre der plumpen Trick des Postmeisters sofort entdeckt gewesen. Der Postmeister wurde zu zwei Jahren zwei Monaten Gefängnis verurteilt und hat das Recht abgesprochen, innerhalb fünf Jahren ein öffentliches Amt zu bekleiden.

Der Ballon „Hildebrand“ aufgefunden.

Die Juassen im Morast erstickt.

Nach Wochenlangem Suchen und nachdem schon Torpedos das Meer abgesucht haben, ist jetzt endlich der vermisste Berliner Ballon „Hildebrand“, den man in der Ostsee oder in den Schneefeldern Norwegens vermutete, nicht allzuweit von Berlin entfernt gefunden worden. Aus Bad Schönfleisch ist der Ballon „Hildebrand“ gestern früh bei Wildenbruch im Jöhrensee von Fischer ausgefunden. Der Ballonturm ist unbeschädigt, aber der Ballon ist im vereisten Morast. Eine Leiche, deren Name bis zurzeit noch nicht festgestellt werden konnte, wurde gefunden im Morast aufgefunden. Die Leiche ist nur zwanzig Meter vom Ufer entfernt. Der Ballon selbst ist bereits geborgen. Der Name „Hildebrand“ ist deutlich lesbar. Ein Junge der augenblicklich noch im Morast stehenden Gonkel scheint sich noch eine zweite Leiche zu befinden. Daß der Ballon erst jetzt entdeckt wurde, ist damit zu erklären, daß der See zur Winterszeit selten aufgesucht wird; außerdem war die gefrorene Oberfläche mit Schnee bedeckt, sodaß Unebenheiten nicht auffielen. Der Kondensator lag völlig im Wasser, die Ballonhülle stand etwas heraus, war aber von Schnee bedeckt und eingefallen. Das Luftschiffbataillon ist bereits benachrichtigt worden. Die Mannschaften werden heute, spätestens morgen, erwartet. Von Bad Schönfleisch aus pilgern Dukende von Feuerwehrmännern in Schlitten nach der Fundstelle, um die Vergangungsarbeiten beizuwöhnen. Auch zahlreiche Photographen sind zur Stelle. Der Jöhrensee liegt in wunderlicher Gegend. Die Sage berichtet, daß vor Jahrhunderten in seinen Tiefen ein Dorf versunken sei.

Die Ursachen des Unglücks haben sich vorläufig noch nicht ermitteln lassen, solange nicht genauere Nachrichten über den Zustand des Ballons vorliegen. Nach der Ansicht von Sachverständigen haben aber die beiden Juassen vermutlich beim Herausbrechen der Dunkelheit landen wollen, und haben die mit Schnee bedeckte Eisdecke des Jöhrensees, der rings von dichten Waldbeständen umgeben ist, für eine Wiege gehalten. Beim Aufschlagen der Gonkel ist die noch dünne Eisdecke durchbrochen und ins Wasser geraten. Den beiden unglichen Luftschiffern war es im Dunkel der Nacht und bei der herrschenden Kälte nicht mehr möglich, sich zu retten. Der See ist schließlich wieder zugefroren, die Ballonhülle entleert sich allmählich und wurde dann über Nacht mit neuem Schnee bedeckt.

Nach Mitteilungen des zuständigen Forstamtes ist der Boden ist schon seit längerer Zeit in dem Sumpf bei Wildenbruch ein gelber Gegenstand bemerkbar worden, doch könne man nicht zu ihm gelangen, da ein Kau nicht zur Stelle war und das Eis nicht genug tragfähig sich erwies. Der Ballon soll, wie von anderer Seite berichtet wird, von Rohrschneidern entdeckt worden sein.

Der Ballon „Hildebrand“ war am 20. Dezember des vorigen Jahres zu einem Dauerflug in Schmargendorf auf-

gestiegen. In der Gondel befand sich als Fahrt der Sohn des geborenen Rechtsanwalt Dr. Rohrs aus Berlin und der Brüderin Friederike. Dr. Rohrs hatte die Maschine eine Strecke von 300 Kilometern zurückgelegt und landen zu lassen. Er nahm an, daß der Wind nach Norden treiben werde und hatte sich, um dort ungehindert landen zu können, eine Verstärkung ausstellen lassen, doch er die Höhe nur zu Sportzwecken gemacht habe. — Der Ballon „Hildebrand“ ist ein Freiballon von 1480 Kubikmeter Inhalt. Die Fahrt, die Dr. Rohrs mit dem Ballon antrat, war die vierzigste, die mit dem Ballon unternommen wurde. Dr. Rohrs, der schon seit mehreren Jahren Mitglied des Berliner Vereins für Luftschiffahrt ist, hatte schon vor längerer Zeit das Führerexamen gemacht und bereits eine Anzahl von Fahrten ausgeführt.

Aus Nah und Fern.

Familientragödie. In Saalfeld (Thüringen) vergiftete durch Offenheit des Gasrahms der Kunstplättereibesitzer Johann, seine Frau und seine vier Kinder.

Eisenbahnunfälle. Am 14. Januar fuhr auf Bahnhof Ummendorf der Personenzug 339 auf den Personenzug 359. Schwer verletzt und inzwischen gestorben ist der Kaufmann Fritz Gerhardt aus Hannover, leicht verletzt Kaufmann Siegfried Rosenthal aus Charlottenburg, Betriebsassistent Wilhelm König aus Alten-Bögge und Ingenieur Verschaefer aus Brömmel. Der Materialschaden ist unerheblich. Untersuchung ist eingeleitet. — In Viry (Frankreich) starb am 15. Januar nachmittags ein Personenzug mit einem Güterzug zusammen, wobei drei Personen getötet und mehrere verletzt wurden.

Beim Rodeln fuhr am Sonntag nachmittag in Ilseburg am Sankt Ulrich der Sohn des Gastwirts Stünkel aus Edergrund, ein 16jähriger Gymnasiast, so unglücklich gegen einen Baum, daß er sofort tot war.

Beim Schiffschaufeln sind auf einer Kribbe des Rheins in Langen bei Worringen neun Personen eingebrochen. Fünf Kinder sind ertrunken, die anderen wurden gerettet.

Mord-Lynch. Aus Shilberville (Kentucky) wird gemeldet: Der Wödel stürzte am Sonntag das Gefängnis und tötete drei Männer, die des Mordes, Raubes und Gewalttäters an weinen Frauen beschuldigt waren.

Der abstinenten Arbeiter — das Organ des Deutschen Arbeiter-Abstinenz-Bundes, erscheint ab Neujahr vierzehntägig. Im Jahre 1908 erschien die erste Nummer vierseitig und in nur kleiner Auflage. Mit dem Wachsen des Bundes gewann die Zeitung an Ausdehnung und wurde achtseitig herausgegeben und seit 1909 in eigener Druckerei des Bundes hergestellt. Ab 1. April soll eine weitere Vergrößerung der Zeitung erfolgen. Nach Umfang und Auflage steht „Der abstinenten Arbeiter“ heute mit an erster Stelle unter den deutschen Abstinenz-Zeitungen. In diesem erstaunlichen Wachstum spiegelt sich die starkende alkoholgekämpfte Siedlung in der organisierten Arbeiterschaft. Probenummern versendet frei die Geschäftsstelle Berlin SO 16 Engel-Ufer 19.

Schneestürme in Spanien. Aus allen Teilen Spaniens treffen Meldungen über Schneestürme ein. Die Reisenden mehrerer Züge, die im Schnee stecken geblieben sind, befinden sich in kritischer Lage, da ungewis ist, ob die ausgedehnten Bergansiedlungen bis zu ihnen vordringen können. Außer dem Süderprezeng liegen der Alcazabaterrain noch andere Züge seit zwei Tagen fest; man hat von ihnen keine Nachricht. Aus Vigo wird gemeldet, daß 80 Fahrzeuge durch das Unwetter teils vernichtet teils beschädigt worden sind. Nach einer weiteren Meldung aus Madrid ist bei Puebla de Gordon in der Provinz Leon eine Lawine eine Lokomotive und acht Wagen eines durch Schneefeststellten Zuges in einen Fluß und zerstörte die Eisenbahnlinie und die Telegraphenleitung. In Asturien liegt der Schnee an mehreren Stellen auf den Schienen sechs Meter hoch.

Vom Reichtum der russischen Klöster. So oft von den Riesenvermögen der russischen Kirchen und Klöster die Rede ist, erscheinen die schändigweisen Angaben jedem Fernsehenden als ungewöhnliche Überreibungen. Wer allerdings die Massen von Gold, Edelsteinen und anderen kostbaren Sachen auf sich ansieht, welche die zahllosen Kirchen, Kapellen, Klöster, Lavras usw. in Russland durch Jahrhunderte gesammelt haben, der erachtet keine noch so hohe Summe als unmöglich. Lassen sich jedoch diese Reichtümer real kaum ermessen, so sind die neuerdings veröffentlichten Angaben über den Grundbesitz der griechisch-orthodoxen Kirche jedenfalls unbestreitbar. Welche Mittel repräsentiert über dieser Grundbesitz? Alein in den 50 Gouvernementen des europäischen Russlands — das heißt also ohne Rücksicht auf Russisch-Polen, den Kaukasus und das gesamte asiatische Territorium — gehören nur den griechisch-orthodoxen Klöstern 739.777 Hektaren (808.206 Hektar), so daß auf jeden Monat bezogen auf jede Monate ein Bodenbelag von circa 42 Hektar kommt. Wie glücklich wäre der russische Bauer, wenn auf ihn nebst Familie eine solche Landstrecke käme! Monche-Klöster besitzen Patrimonien von unermesslichem Wert, so das Koschorsche ein Gebiet von 24.636 Dessiatin, das Sarowische 26.329 Dessiatin, das Solomejtsche gar 66.000 Dessiatin. Daneben besitzen sie in den Städten viele Häuser, so allein in Moskau 146, in welcher Stadt auch noch der Kricherz-Hof und darüber — das war und ist ein wahrhaftiger Reichtum der russischen Klöster die obersten Chefs der Monarchie verfügen, so der Metropol von Moskau ein Jahreseinkommen von 81.000 Rubel, der Kiewer 84.000 Rubel, der Petersburger Gräbischof 259.000 Rubel und der Novgoroder Gräbischof 307.500 Rubel. Bei einer derartigen systematischen Auszäugung des russischen Volkes ist es kein Wunder, wenn ein großer Teil der Einwohner geradezu Hungers stirbt.

Literarisches.

Arbeiter-Jugend. Die soeben erschienene Nummer I hat unter anderem folgenden Inhalt: Die Zukunft, die wird unsfern sein. Gedicht von Jürgen Brand. — Frischfröhliche Jugend (Gegen den Alkohol). Von W. Sollmann.

Der junge Arbeiter vor dem Gewerbericht. Von Dalarne, Kreisfritz. Von Engelbert Graf (Mit Bild).

Der Arbeitslohn. Von G. Eitzen. Von Kriegsdenkschrift. — Aus der Jugendbewegung (Preußen, Thüringen, Sachsen). — Die Gegner an der Arbeit usw. Von Walter Schmettow und Schlimps. — Oh, wie Schaudert (Mit Bild).

Die Naturfreunde (Mit Illustrationen). Von M. Rapoldi. Innsbruck. — Gedichte von Schubart. Jungfräulein Redner. — Der Teufel in Bouschan. Von Clemens Rosen. — Der Numerus ist das Inhaltsverzeichnis des zweiten Jahrganges beigelegt.

Berantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Dr. Siegmund Braun, Berlin. — Sämtlich in Zubehör.

Gebr. Barg Tel.
Kohlmarkt 5 No. 1739
Lübeck.

Manufaktur- und Leinenwaren.
Aussteuer-Artikel.
Damen- und Kinder-Konfektion.
Herren- und Knaben-Garderobe.

Beim Einkauf von Margarine verlangt man ausdrücklich die erstklassigen Margarinemarken der **A. L. Mohr** Firma G. m. b. H. Altona-Bahrenfeld. Überall erhältlich!

Abzahl.-Geschäft
S. Sachs, Lübeck,
Schmiedest. 2.

Arb.- u. Berufs-Kl.
Bahr & Umland, Lübeck, Breitestr. 31.
Ernst Diederichs, Brokesstr. 25.
F. Jürgens, Schwartauer Allee.
Alb. Meinecke, Ecke Aegidienstr. 15.
J. H. Pein, am Markt.
Putzbach & Reimers, Breitestr. 25.
Radolph Karstadt, Eutin.
Johannes Hansen, Oldesloe.
Hans Struve, Königstr. 89.
Hugo Lüth, Reinfeld, Bahnhofstr.
Richard Wagner, Reinfeld.
I. Ramm, Schlutup.
K. Quitzau, Schwartau, Markt 14.
W. Friedrichsen, Travemünde.

Art. z. Krankenpf.
F.W. Busch, Lübeck, Roekstr. 56.
F. W. Heyde, Königstr. 38.
Henry Müller, Blücherstr. 20.
Karl Pavel, Wickerstr. 3. Tel. 1487.
H. Rühl, d. Ortskassenkasse.
J. Runge, Moislinger Allee 6a.
Adler-Drogerie, Schwartau.

Artikel für Vereine.
H. Kiehsen, Königstr. 111. Tomb., Schieb- u. Kegelgew.

Bäckereien

Paul Burmeister, Lübeck, Lohng. 49.
Dampf- u. Kondit. Dampf- u. Kondit.

Dampfbäckerei, Hansa'
C. D. Junge & Co.
Verkausstellen in allen Stadtteilen.

J. Eixmann, grube 47.
T. F. Hinrichs, Moislinger Allee 43.

Milk. Hüper, grube 76.
H. Jargstorff, Wickerstr. 36.

R. Kasch, Fleischbäckerei.
Fleischbäckerei, 52. Fein-, Weiß- u. Grobbäckerei.

Wih. Krahn, Facken, Allee 57 a.

J. Metzelm. Kond., Feinbäckerei.
H. im. Tamm, Wickerstr. 20.

I. Reinhold, Fein-, Fein- u. Feinbäckerei.
Johs. Göde, Fein- u. Feinbäckerei.

L. Schünemann, Fein-, Fein- u. Feinbäckerei.
Joh. Elvers, Schlutup.

Ad. Hinzelmann, Schlutup.
F. W. Stewert, Wickerstr. 23.

Beerd. u. Sarg-Mag.

EBAREY
Eigentl. zur Ruh.

Georg Behnck, Lübeck, Wickerstr. 4. T. 2186.

Central-Serrigungsinstitut
A. Brodersen, Aegidienstr. 7. Tel. 1920.

H. Horenby, Panstr. 16. Särge
in allen Preislagen.

C. Thiessen & Sohn, Wahnstr. 79. Übern. ganzer Beerd.

Eigene Leichen- u. Transportwagen.
Lübeck, Schwartau, Allee 193.

I. Ramm, Lager fertiger Särge.
H. Griebel, Eutin, Wickerstr. 14.

G. Wackerhut, Packenborg.

L. Hahn, Reusefeld. Gr. Lager in
Holz- und Metallsägen.

Besohlanstalten

G. Böhml. Lübeck, Schwartau 4.
Besohlaust. Elektro. Gr. Gröpelgabe 14.

Hansa "J. Dettmann", Beckergrube 51.

W. Hinz, Schmiedest. 32.
Wickerstr. 20. Fünfzehn 7.

J. H. Pfleider, Kupferschmiedest. 3.
Johannes Voß, Hünstr. 90.

Setten, Bettfedern
Bahr & Umland, Lübeck, Breitestr. 3.
Ernst Diederichs, Brokesstr. 25.

I. Dave, Große Burgstr. 32.
J. Jürgens, Schwartauer Allee.

Alb. Meinecke, Ecke Aegidienstr. 15.
Hans Struve, Königstr. 98.

Richard Wagner, Kleinstr. 98.
Max Kankel, Schlutup.

Bräuereien

Trinkt zu Adler-Bier.

Abit Bierbrauerei Lübeck
Lübecker Bürgerbräu, Bräuerei.

Eibschloss, H. Börsig, Hünstr. 75.
H. A. Walz, Unterstr. 96.

Kinder-Schulz, Fenzstr. 124.

Lübecker Hansa, Eier.

Zur Walkmühle, H. Lück.

Gebr. Borchardt, Lübeck.

werbesteuervorlage so groß geworden, daß die Leute um Pape und diesenigen um Fehling sich kaum noch länger künstlich beieinander halten lassen. Wie verlautet, haben eine ganze Anzahl Vorstandsmitglieder der einen Richtung ihre Ämter bereits niedergelegt. Unter diesen Umständen kann man sich ja auf mancherlei Ereignisse im Lager unserer Gegner gefasst machen. Die Position der Sozialdemokratie wird dadurch natürlich in keiner Weise berührt. Ihre Kampfrichtung steht unter allen Umständen fest: Gegen alle Volkseinde.

Aus dem Programm des morgigen Abonnementkonzerts im Gewerkschaftshaus heben wir folgende Nummern hervor: Ouvertüre zu "Don Juan" von Mozart; Ouvertüre zur Oper "Die lustigen Weiber von Windsor" von Nicolai. Auf vielseitigen Wunsch wird ferner gespielt das hübsche Potpourri "Im Automatensalon". An das Konzert schließt sich, wie bereits mitgeteilt, ein flotter Ball, für den kein besonderes Eintrittsgeld erhoben wird.

Berlängerung der Geschäftszeit in offenen Verkaufsstellen. Auf Grund der §§ 189 d und 189 e der Reichsgewerbeordnung in der Fassung vom 26. Juli 1909 wird hierdurch für das Jahr 1911 bestimmt: Die offenen Verkaufsstellen dürfen am 8. und 15. April, 3. Juni, 14., 15., 16., 18., 19., 20., 21., 22. und 23. Dezember bis 10 Uhr abends für den geschäftlichen Verkehr geöffnet sein. Für diese Tage finden zugleich die Bestimmungen des § 189 c, nach welchen den Gehilfen, Lehrlingen und Arbeitern in offenen Verkaufsstellen und den dazu gehörigen Schreibstuben (Kontoren) und Lagerräumen eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens 10 beziehungsweise 11 Stunden, sowie Mittagspausen von bestimmter Dauer zu gewähren sind, keine Anwendung. Während der Zeit, während welcher die Verkaufsstellen geschlossen sein müssen, ist das Feilbieten von Waren auf öffentlichen Wegen, Straßen und Plätzen oder an anderen öffentlichen Orten oder ohne vorherige Bestellung von Haus zu Haus im stehenden Gewerbebetriebe, soweit im Gewerbebetriebe im Umherziehen verboten.

Ehemaliger Postbeamter und Unteroffizier d. R. Karloške als Dieb. Heute vormittag hatte sich das hiesige Schöffengericht mit dem früheren Postbeamten Karloške zu beschäftigen, der beschuldigt wird, seinem damaligen Kollegen Plagemann eine Pelerine entwendet zu haben. Der Fall interessiert die Öffentlichkeit deshalb besonders, weil vor längerer Zeit auf das alleinige Zeugnis des Karloške hin vom Kriegsgericht gegen mehrere Reservisten, die anlässlich einer Übung sich an R. vergangen haben sollten, auf sehr schwere Strafen erkannt wurde. Wird Karloške als Dieb verurteilt, so dürfte dadurch auch seine Glaubwürdigkeit erheblich gemindert erscheinen. Die Verhandlung ergab, daß Karloške tatsächlich die Pelerine seines Kollegen Plagemann, in der sich der Name des Besitzers befand, mitgenommen hatte und auch für sich behielt, als er seine eigene Pelerine nicht finden konnte. Den Namen hat er daraus entfernt. Später hat Plagemann dann entdeckt, daß Karloške seine Pelerine trug. Die Sache ist dann der Postdirektion angezeigt worden, welche eine Untersuchung einleitete, deren Ergebnis zur Entlassung des Karloške führte. Bei der Staatsanwaltschaft hat ein Bruder des vom Kriegsgericht verurteilten Reservisten Matern Strafanzeige erstattet. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft beantragte gegen Karloške zwei Wochen Gefängnis. Als Verteidiger des Angeklagten, der selbst vom Erscheinen entbunden war, fungierte Rechtsanwalt Rosenberg-Berlin, der in von seinem Standpunkt aus geschickten Darlegungen nachzuweisen versuchte, daß ein Diebstahl unter keinen Umständen vorliege, da die Pelerine gar nicht Eigentum des Plagemann, sondern der Post war, in deren Dienst auch Karloške sie trug. Weiter suchte der Verteidiger es so darzustellen, als ob der Name aus der Pelerine nicht von Karloške, sondern von anderen Beamten, die dem Angeklagten einen Schabernack spielen wollten, entfernt und dann die Pelerine unter der Mütze des Karloške aufgehängt worden sei. Er beantragte Freisprechung seines Klienten und Übernahme der Kosten der Verteidigung auf die Staatskasse. Das Gericht setzte die Bekündigung des Urteils auf Donnerstag mittag 12 Uhr fest.

Die Absender von Briefen nach überseeischen Ländern werden in ihrem eigenen Interesse darauf aufmerksam gemacht, daß die deutschen Auswechselungspostanstalten vor den durch die Zeitungen bekannt gemachten letzten Versendungsgelegenheiten, sogenannte Vorverlände auf die Postdampfer abfertigen. Da die letzten Beförderungsgelegenheiten infolge von Störungen im Gange der Eisenbahnzüge nicht selten in den Hafenorten den Anschluß an die abgehenden Dampfer verfehlten, empfiehlt es sich dringend, die Briefsendungen möglichst zeitig aufzuliefern, damit sie mit den Vorversanden Beförderung erhalten, die auch bei Verspätungen der Eisenbahnzüge die Schiffe in den Abgangshäfen rechtzeitig und sicher erreichen.

pb. **Fahrraddiebstahl.** Gestern nachmittag, in der Zeit von 2 bis 5 Uhr, ist ein vor einem Hause auf dem Markte hingestelltes Fahrrad mit der Polizeinummer 6359 gestohlen. Das gestohlene Fahrrad hat schwarzen Rahmen, schwarze Felgen und nach oben gebogene Lenkstange. Im Rahmen ist das Firmenschild S. & G. DEUTSCHE UNION.

Neues Stadt-Theater! Man schreibt uns: Morgen, Mittwoch, abends 8 Uhr, geht bei kleinen Preisen die reizvolle Operette „Ein Walzertraum“ von Oskar Straus in Szene. In den Hauptrollen sind die Damen Weber, Thornegg, v. Neuendorff sowie die Herren Haas, Fuchs, Scholz beschäftigt. Die Inszenierung liegt in Händen des Oberregisseurs Fuchs; die musikalische Leitung hat Kapellmeister Blumann. Am Donnerstag kommt Puccinis Oper „Madame Butterfy“ zum letzten Male zur Wiederholung. In Vorbereitung befindet sich zur Feier des hundertsten Geburtstages von Roderich Benedix dessen Lustspiel „Die relegierten Studenten“ sowie ferner Mozarts Oper „Die Zauberflöte“.

Stadthallen-Theater. Man schreibt uns: Heute, Dienstag, und Donnerstag, abends 8 Uhr finden zwei weitere Gastspiele der „Parisiennes“, American-French Sketch-Company statt und zwar mit den sensationellen vier Sketchs: „Der Eilgut“, „Wegen plötzlicher Hindernisse“, „März“ und „Wege“ in M

Altona. Die Handelskammer macht in ihrem Bericht über das Wirtschaftsjahr 1910 u. a. folgende Ausführungen: Am wichtigsten für die Gesamtheit der gewerbetreibenden Bevölkerung ist naturgemäß die wirtschaftspolitische Gesetzgebung des Reiches. Die Einführung neuer Steuern auf bisher unversteuerte Gegenstände des täglichen Gebrauchs beeinträchtigen den Inlandsabsatz; die Erringen der Industrie aber gefährden sie, wenn durch die Steuerbelastung der Verbrauch so reduziert wird, daß dieser Konsumrückgang durch Preiserhöhung nicht wieder ausgeglichen werden kann. Dieses ist beispielweise der Fall bei der Bündwarenstelle, die die Bündholzfärbriken und zwar besonders die kleineren, in die Gefahr des Unterganges gebracht hat. Ob es nicht im Interesse unserer wirtschaftlichen Entwicklung vorteilhafter wäre, wenn die Reichsverwaltung aus diesen Vorgängen die Lehre ziehend, versuchte,

befriebenen Unternehmungen heranzugehen, auf sie zu einer Erwerbsquelle für das Reich ausgestaltete, die bei gleichzeitiger Sparsamkeit im Ausgabebetrag für eine längere Periode jede Abhängigkeit der Reichsfinanzen von unsicherer Stimmungsmehrheiten des Parlaments beseitigte! Ohne Zweifel wäre damit nicht allein der selbständigen gewerbstätigen Bevölkerung, sondern auch der Gesamtheit viel mehr gedient, als mit kleineren nur immer momentan wirkenden, aber stets großen Widersprüchen der im einzelnen betroffenen Kreise hervorrugenden Finanzanforderungsmittel. Mit der Bekräzung, daß

Befreiung der Reichsfinanzen von der größten oder geringen Bewilligungsfreudigkeit des

terung der Umgegend seit acht Tagen keine Schule gehalten wird, weil sich die beiden in den Schulräumen befindlichen Osen nicht in heizbarem Zustand befinden. Auf fortgesetztes dringliches Ersuchen des Lehrers ist jetzt für Abhilfe gesorgt, nachdem die Kinder in den Genuss verlängerter Weihnachtsferien kamen und man sich vorher mit Rücksicht auf den milden Charakter des Winters während der kurzen Schulzeit, so gut es ging, mit ungeheizten Räumen beholfen hatte.

Bedauerlicherweise wird nicht mitgeteilt, auf welcher Begüterung" die Winterkälte dem Schulbetrieb so abträglich ist. Dies verdiente vor dem Lande, ja, vor der Welt festgestellt zu werden!

Friedrichstadt. Drei Knaben ertrunken. In Winnert gingen drei Knaben, die Söhne der Witwe Jensen, des Metzgereiverwalters Schwarz und des Landmannes Roach, auf die dünne Eisdecke einer etwa sechs Meter tiefen Metzgelgrube, wo sie einbrachen und ertranken. Ein Nachbar, der das Geschrei der Kinder hörte und sie zu retten versuchte, geriet dabei selbst in Lebensgefahr.

Theater und Musik.

Neues Stadttheater. „Bar und Zimmermann“ komische Oper in drei Akten von Albrecht Vorhings. Nachst dem „Wildschütz“ ist „Bar und Zimmermann“ wohl die beste Oper Vorhings. Mit ihrer Melodienfülle, ihren hübschen Ensemblesäzen und ihrer einfachen aber klangschönen Musik verdient sie die große Freundschar, welche sie — allerdings außerhalb Lübecks — besitzt. Die gestrigie Aufführung des Werkes unter Herrn Kapellmeister Blumanns Leitung war anscheinend etwas zu schnell, ohne die nötigen Proben heraus gebracht worden. Es wollte verschiedene — soweit wir die Vorstellung sahen — nicht so recht exakt ineinander greifen. Aus der Reihe tüchtiger Einleistungen sei der famose aufgeblasene Bürgermeister des Herrn v. Schenk, die stolche Marie des Fel. Stretten und der drollige Peter Ivanow des Herrn Haas besonders hervorgehoben. Den französischen Gesandten sang aus hilfsweise ein Kieler Gast, der kein besonderes Interesse zu erwecken vermochte.

Im Stadthallentheater bot gestern abend eine Sketch-Companie Proben echter und unechter Pariser Kunst oder was man so nennt, einem sehr kleinen Kreise dar. Das Bett pflegt bei der "Parisienne" immer eine Hauptrolle zu spielen; auch gestern war das der Fall. Wir sahen allerdings nur den hübsch ausgestatteten Verwechslungsöcherz "Beköt", der nicht gerade durch Originalität noch durch einen Überschuss an Geist besticht, der aber trotzdem recht unterhaltend ist. Gespielt wurde recht gut. Die mitwirkenden Damen sahen nebenbei auch ganz nett aus und waren hübsch ge- und teilweise auch entkleidet. Mehr verlangt man doch kaum von einer "Parisienne". Im Hanja-Theater würde das Ensemble einen Bombenerfolg haben; das Stadthallentheater wird dagegen voraussichtlich eine ständige gähnende Leere aufweisen. Das ist nun einmal in Lübeck nicht anders.

Standesamtliche Nachrichten

vom 8. bis 14. September 1911.

- b) Mädchen: Name und Beruf des Vaters.
 5. Bollaufseher M. H. R. Frederstorff. 6. Geschäftsführer G. L. K. Chr. Stolt. Arbeiter F. W. H. Tietgen, Arbeiter F. W. C. Götz (Mönkhof). 9. Arbeiter F. J. Füdemann. 11. Seemachinist A. F. F. Lews.

Uugeordnete Ausgebote.

Januar 9. Arbeiter R. A. Strunk und M. S. M. W.
ähler. - Bankbeamter H. F. P. Lehl in Hamburg und H.
A. Strunk. Maurer A. O. Adamek und O. Von, beide
Latowig. 10. Telegraphen-Sekretär C. D. Schmidt in
Elnhausen und M. G. S. Untermann. Eischlegergeselle W.
G. J. Schmidt und D. Grauer, beide in Geesthacht.
Arbeiter G. G. H. Stöckenberg und J. M. A. Sperling.
2. Privatmann H. F. G. H. Mladeck und A. F. W. Siems.
Schmied A. F. J. Beigt und M. Biegau. Hausjohann J. Di-
Blanken und die Witwe A. C. Wintjen geb. Schnackenberg,
beide in Kuhstedt. 13. Liesbau-Techniker R. W. G. Weiss-
er in Swinemünde und A. M. Chr. Neumann. Schlosser
Chr. H. Stein und G. A. M. Bischoff. Arbeiter J. J.
Kump und die Witwe G. W. M. Jöhns geb. Schulz. 14.
Arzt Dr. med. C. R. Sonnichsen in Hamburg und J. G.
Ratenkamp. Maler W. Chr. Jähnk und L. A. Koch. Hilfs-
schreiber P. O. Schiller und G. M. M. Dreger. Arbeiter
M. P. Buck und die geschiedene G. S. D. Kusserow geb.
Hoefke beide in Rostock.

Geschlungen,

Januar 9. Arbeiter G. J. Andersson in Beldorf
ad M. W. Sandell. 10. Bureauvorsteher H. H. Chr. Mar-
ns und C. A. S. L. Meyer. Landmann H. F. Ahrens in
Groß Mist und A. H. M. Fahrz. 12. Maschinenbauer F.
. W. Kuhlmann und C. A. J. M. Stühff. 14. Bahnhofs-
arbeiter F. W. H. Böhls und C. M. L. W. Meynke.
Zigarettenmacher H. E. F. Beuthien und C. C. L. A. Rühn.
Telegraphenarbeiter H. H. F. F. Richof und M. C. D.
charnmeyer. Handlungsgehilfe H. H. W. Niebuhr und M.
J. Bernier in Wismar. Zollauflöser M. Hofst in Kade-
ri Rendsburg und F. G. Schoennagel. Arbeiter O. Mat-
tiesen und C. Chr. D. Wegner. Kesselschmied C. F. F.
H. Specht und M. H. L. Barthels. Tabakarbeiter D. B.
Kiser und C. G. Sabikay. Geschäftsführender C. P. L.
G. Hanemann und A. C. Andersdotter.

Sterbefälle

Januar: 7. W. S. M. geb. Elter, Witwe des Fabrik-
meisters J. D. Fick, 73 J. Polizei-Wachtmeister a. D. D.
W. Ficke, 64 J. G. S. M. Stolt, 25 J. H. G. G. M.
Küller, 10 M. (Wormer). Arbeiter J. J. F. Rämpde, 56
in toorgeborenes Mädchen, B.: Bierfuhrmann H. J. S.
ornels, Landmann B. H. F. Dettmann, 36 J. (Schönen-
boden). Schuhmachermeister H. J. G. Stubbe, 78 J. M.
Reitz, 3 J. 9 J. M. geb. Gräfin Witwe des Kriminal-
amtes H. H. S. M. 2 Freiherr von Wulff, 52 J. H. H.

Rovs, 4 M. Früherer Kornträger J. H. Gass, 76 J. 10. Eisenbahn-Bureau-Expedit. a. D. J. H. A. Gojardt, 49 J. H. H. M. M. Hümppel, 1 J. M. M. G. geb. Meier, Witwe des Güterdenkunstlers J. J. Schreyen, 79 J. Ein totgeb. Knabe, B.: Arbeiter H. Paulum, G. B. H. Möller, 5 M. Arbeiter J. J. H. Neßler, 61 J. 11. K. H. W. Berlin, 3 M. O. R. J. H. Steffen, 10 M. H. Roden, 16 J. (Sekretär bei Oberstoe). W. H. D. Horstmann, 6 M. A. M. G. geb. Mert, Witwe des Arbeiters J. H. Reichenhöft, 62 J. Bauarbeiter H. F. Jäger, 84 J. (Baron). 16. A. B. G. Engels, 1 J. Heizer G. Jander, 26 J. (Danzig). Privatmann W. H. Kuben, 72 J. M. A. Hoferer, 4 M. L. A. D. Müller, 2 M. Ein totgeb. Mädchen, B.: Arbeiter H. H. W. Großer, G. F. Paalzow, 71 J. 18. F. S. H. Leissner, 5 J. M. A. geb. Rothe, Chefrau des Bureauangestellten am Amtsgericht L. J. Langeheine, 80 J. A. M. M. geb. Hirsch, Witwe des Kaufmannes August G. F. Lüer, 74 J.

Soziales.

Eine reichsgerichtliche Regelung der Dienst- und Ruhezeiten des Eisenbahnpersonals fordert eine dem Reichstag soeben zugegangene Petition. Sie geht aus vom Kartell der Verbände Sachsischer und Süddeutscher Eisenbahnbeamter (Sitz Leipzig). Es haben sich dem Gesuch aus allen Bundesstaaten 18 Vereine angeschlossen. Die Petenten berufen sich auf Art. 4 der Reichsverfassung, dessen Ziffer 8 die Zuständigkeit des Reiches begründet. Von einem Eingriff in die Hoheitsrechte der Bundesstaaten könne keine Rede sein, nachdem das Reich schon auf anderen Gebieten die Arbeits- und Ruhezeit reichsgerichtlich geregelt hat. In der Petition wird u. a. gefordert: Festlegung der Dienst-

zeiten nach Durchschnittswochen; Maximalstundenzahl von 14 Stunden für Haupt- und 15 für Nebenbahnen; Ruhezeit zwischen zwei Schichten 12 Stunden, wenn sie auf Nachtdienst folgt; mindestens 10 vor durchgehendem Nachtdienst, aber nicht unter 8; im übrigen 8 Stunden; jährlich 52 Ruhestage (1/3 an Sonn- und Feiertagen) ohne Einschränkung des Urlaubs, wöchentlich höchstens dreimal Nachtdienst; Mitwirkung des Personals bei der Aufstellung der Dienstpläne.

Frage der Arbeiterhygiene vor der Petitionskommission des Reichstags. Der Deutsche Holzarbeiterverband (Berlin) hat im März 1910 eine Petition an den Reichstag gerichtet, die auf die wachsenden Gefahren für Leben und Gesundheit der mit der Verarbeitung von Cellulose beschäftigten Arbeiter hinweist. Als statistisches Material sind die Erhebungen des Holzarbeiter- und Buchbinder-Verbandes beigefügt. Die Petenten bezeichnen den Erlass einer Verordnung des Bundesrates als dringend und verweisen auf die österreichische Verordnung vom Juli 1908. Die Fabrikanten der Cellulosebranche sind im Dezember 1910 mit einer Eingabe gegen die Arbeiterpetition aufgetreten: sie meinen, daß sie mit der preußischen Regierung vereinbarten und am 7. Mai 1910 veröffentlichten Grundsätze einer Branchenüberwachung auch den von den Arbeitern gestellten Wünschen entsprechen. Eine Anwendung auf die Haushaltsschlüsse könne nur Sache des Heimarbeitergesetzwurfs sein. Das Verbot der Beschäftigung von jugendlichen Arbeitern sei keine hygienische, sondern lediglich eine verschleierte Lohnfrage. Der Regierungsvorsteher Dr. Leymann trat in der Petitionskommission dieser Ansicht der Unternehmer bei und meinte, die Bundesstaaten hätten sich doch zur Übernahme der preußischen Vorschriften bereit erklärt. Abg. Severe ring wies dagegen auf die ungünstigen Erfahrungen hin,

die 1907 mit solchen bundesstaatlichen Versprechungen bei der Überwachung der Schleifereibetriebe gemacht worden seien. Auch Abg. Sachse betonte die Notwendigkeit, wie in Österreich eine allgemeine Regelung zu schaffen. Beide Redner befürworteten den Antrag des Referenten G. E. Scherberts, der Regierung die prinzipielle Förderung zur Berücksichtigung und die Einzelvorschläge als Material zu überweisen. — Der Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen.

Zu einer Petition des Centralverbandes christlicher Maler und verwandter Berufe (Düsseldorf) beschloß die Kommission, die Forderung nach Arbeiterkontrolleuren und nach Einführung eines Meldezwanges für alle Bleiinsassen der Regierung zur Berücksichtigung zu überwelsen.

Briefkasten.

Berichtigung. Gestern teilten wir unter G. P. B. an dieser Stelle mit, daß Krankengeld und Streikunterstützung nicht mit zu versteuern seien. Diese Notiz beruht auf einem Fehlrum. Nach der Auslegung der Steuerbehörde muß sowohl das Krankengeld, als auch die Streikunterstützung mit versteuert werden.

Berantwortlich für die Rubrik "Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling. Verleger: T. H. Schwartz. Druck: Friedr. Mener u. Co. Sämtlich in Lübeck

jeder Art für Vereine, Handwerker und Gewerbetreibende werden sauber und pünktlich ausgeführt in der Buchdruckerei des „Lübecker Volksboten“

Drucksachen

Eingang nur Marlesgrube 4.

Geld gespart!

Es soll fortzugshalber das ganze Lager Herrenkonfektion, Arbeiterkleidung, sowie Schuhwaren so schnell wie möglich zu staunend billigen Preisen total ausverkauft werden und wollen Sie die Schaufenster beachten. Nur Nr. 4 Marlesgrube Nr. 4.

Reelles Angebot!

Geld verdient!

Nur kurze Zeit!

Eingang nur Marlesgrube 4.

Beerdigungsinstitut Gebr. Müter

Fernsprecher 427. Mühlenstraße 13.

Uebernahme ganzer Beerdigungen. Größtes Lager in Särgen, Grabstücken, Metall-, Perl- u. Blattkränzen. Einkleidungen jeder Art. * Billigste Preise.

Gewerkschaftshaus Lübeck

Johannisstraße 50—52.

Mittwoch, den 18. Januar 1911:

3. Abonnements-Konzert

mit nachfolgendem Ball.

Aufgang 8 Uhr.

Entree à Person 25 Pfg.

Metropol-Theater. Huxstr. u. Breite Str. Ecke. ::

Ab heute: Ruth und Boas.

Wunderbar farbiges Drama.

Die schwarze Sklavin.

Das Schönste, was es je gegeben und weitere 7 Nummern.

Geschäftseröffnung.

Einem geehrten Publikum von Lübeck und Umgegend die ergebene Mitteilung, daß ich mit dem heutigen Tage im Hause

Sornckstraße 15, Ecke Reiterstr., ein Tabak- u. Zigarrengeschäft

eröffne. Durch eigene Fabrikation nur gute und reelle Ware zusehends, bitte ich, mein junges Unternehmen gütig unterstützen zu wollen. Hochachtungsvoll Hugo Beuthien.

Lübeck, den 18. Januar 1911.

Lübecker Verein für Schönheitspflege.

Hauptversammlung Montag, 23. Januar abends 8½ Uhr.

im Saal der Gesellschaft zur Befreiung gew. Tätigkeit, Königstraße 5:

1. Jahresbericht, Rosse, Vorstandswahlen.
2. Rückblickliche Statistiken der weiteren öffentlichen Vorträge.
3. Das „18-Minuten-Turnen“.
4. Gleisabholen, Hallen Schwimmhalle.

Neue Mitglieder willkommen;

Der Vorstand.

Palmona

feinstes Pflanzenbutter

per Pfd. 90 Pi. empfohlen

Joh. Böttcher, Reiterstr. 42.

Achtung!

Deutscher

Bauarbeiter-Verbd.

Zweigverein Lübeck.

Mitglieder-Versammlung

Mittwoch, 18. Jan.

abends 8½ Uhr, im „Gewerkschaftshaus“

Za g e s - O r d n u n g :

1. Abrechnung.

2. Vorstandswahl.

3. Beitragserhöhung.

4. Verschiedenes.

Alle Mitglieder müssen erscheinen.

Der Vorstand.

Der Vorstand erhält

Der Vorstand erhält